Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 Donnerstag, den 13. März 1919 Nummer 120 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3,50 M., bei beliebiger Lieferung ohne Berechnungsgebühr monatlich 3 M., bei Zustellung unter Kreuzband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in der ersten Nachmittagsstunde der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Inserate kosten die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 15 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 30 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19,
Fernsprecher: Amt Norden 9765.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Pogromstimmung in Berlin.

Das Militärregiment.

Die Vollversammlung der A.- und S.-Räte, die gestern in Berlin getagt hat, hat einen recht bemerkenswerten Verlauf genommen. Der Bericht, den Gen. Malzahn über die Verhandlungen mit der Regierung erstattete, zeigte mit erschreckender Deutlichkeit, in welch hohem Grade diese Regierung bereits in Abhängigkeit von den militärischen Machthabern geraten ist. Es ist deutlich erkennbar, daß alles darauf angelegt worden ist, diesmal einen möglichst ergiebigen Aderlaß an der revolutionären Arbeiterschaft vorzunehmen. Daher die Ablehnung aller Verhandlungen, die schroffe Abweisung aller Vermittlungsversuche. Mit allen Mitteln einer skrupellosen Pressemache wird eine Pogromstimmung erzeugt, in der auch das erbarmungsloseste Vorgehen gerechtfertigt erscheint.

Wir haben bereits festgestellt, daß die Verhängung des Standrechts absolut ungesetzlich ist, und die Meldung der „Deutschen Ztg." wiedergegeben, daß diese Verhängung durch ein Ultimatum der Offiziere erzwungen worden ist. Es ist bezeichnend, daß weder der „Vorwärts" noch ein anderes Blatt bisher darauf eingegangen ist.

Die Vollversammlung hat energisch gegen all die Ungesetzlichkeiten protestiert und Richard Müller hat mit Recht die Regierung gewarnt, auf diesem Wege fortzuschreiten, der immer weiter ins Verderben führt.

Aber es scheint, daß die Regierung nicht mehr Herr der Lage ist. Denn anders sind Vorfälle, wie sie sich in der Vollversammlung selbst abgespielt haben, nicht zu erklären. Denn was soll der Ueberfall, der da verübt worden ist, für einen Sinn haben? Mitten in den Verhandlungen erscheinen plötzlich Noskegarden, besetzen alle Ausgänge und internieren die ganze Versammlung! Es bedurfte erst längerer Verhandlungen, um den Befehl zum Abzug zu erwirken. Wer waren die Veranstalter des Ueberfalls und welche Zwecke haben sie verfolgt? Glaubt man denn wirklich, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertretung schon vogelfrei ist? Und ist die Regierung nicht willens oder nicht imstande, solche Willkür zu verhüten?

Aber es gibt noch Schlimmeres und Entsetzlicheres. Das Standrecht wütet. Und wir, die wir nicht einen Moment lang zögern, Grausamkeiten und Bestialitäten, die an Regierungstruppen begangen worden sind, auf das schärfste zu verurteilen, haben das Recht, dagegen zu protestieren, daß unter einer sozialistischen Regierung diesem Wüten nicht sofort Einhalt getan wird. Begreift denn diese Regierung nicht, daß das entsetzliche Uebermaß eine Erbitterung schafft, die mit furchtbarer Schnelligkeit anwächst, und eine Saat gesäet wird, die fürchterlich aufgehen muß? Weiß denn die Regierung nicht, daß sie mit dieser Ausnützung des Sieges sich eine Niederlage bereitet hat, die sie noch eine kurze Zeit lang verbergen, der sie aber auf die Dauer nicht mehr entgehen kann?

Aber nicht nur das Standrecht wütet. Von absolut zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt, daß die zahlreichen Gefangenen, die im Gefängnis Lehrter Straße 3 eingeliefert werden, von den aufgehetzten Truppen mißhandelt und beschimpft werden. Mehr noch, die Gefangenen sind ihres Lebens nicht mehr sicher. Selbst der Gefängnisdirektor fürchtet für ihr Leben und hat z. B. Karl Radek empfohlen, auf seine Spaziergänge im Hof zu verzichten.

Im Kriminalgericht hat sich auch bereits eine Tragödie abgespielt. Dort ist ein Redakteur der „Roten Fahne", Leo Jogisches, von einem Soldaten erschossen worden, und nach der „Vossischen Ztg." hat noch ein zweiter Verhafteter dieses Schicksal geteilt.

Diese Zustände dürfen doch nicht einen Tag länger fortdauern! Die Regierung muß zur Gesetzlichkeit zurückkehren und ihre Garde zur Gesetzlichkeit zurückführen. Das Standrecht muß sofort aufgehoben, das Leben der Gefangenen gesichert werden! So kann es unmöglich fortgehen!

Der Versuch, die Vollversammlung durch Militärmacht zu sprengen, zeigt auch, wie recht wir hatten, als wir gestern uns gegen die vom „Vorwärts" mitgeteilten Anmeldungen von nichtöffentlichen Versammlungen durch die S. P. D. wandten. Dem energischen Protest der Vollversammlung gegenüber hat man sich nachher diesmal noch auf einen „Irrtum" berufen. Aber der ganze Vorgang zeigt doch, wessen man sich gegebenenfalls zu gewärtigen hat.

Vollversammlung der A.- u. S.-Räte.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner A.- und S.-Räte trat gestern vormittag in den Germaniasälen in der Chausseestraße zu einer Sitzung zusammen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Kommunistische Fraktion den Antrag, die bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts" von der Versammlung auszuschließen.

Herfurth wies begründend auf die durch die verlogene Schreibweise der Presse geschaffene Pogromstimmung hin und stellte die Annahme des Antrags als ein Gebot der Würde der Versammlung hin.

Richard Müller sprach gegen den Antrag. Er sagte: Ich verurteile die Schreibweise der bürgerlichen Presse, insbesondere auch des „Vorwärts" auf das allerschärfste. Es gibt kein Wort, daß das schamlose Treiben dieser Zeitungen genügend kennzeichnet. (Stürmische Zustimmung.) Aber gerade deshalb müssen wir die Vertreter dieser Zeitungen hier lassen, damit sie hören, was ihnen hier gesagt wird, und wir werden ja sehen, ob sie objektive Berichte bringen werden.

Mit etwa Zweidrittelmehrheit wird der Antrag abgelehnt.

Bei Festsetzung der Tagesordnung wird beschlossen, die Berichte der Kommissionen vorwegzunehmen und — auf Antrag der Kommunisten — anschließend daran je einen Redner der Fraktionen zu den gegenwärtigen Vorgängen sprechen zu lassen.

Malzahn berichtete über die Verhandlungen mit den militärischen Gewalthabern über die Freilassung der wegen Streikvergehen Inhaftierten und wegen der Vergewaltigung der Preßfreiheit durch Verbot der „Freiheit" usw. Die Herren sagten das Wiedererscheinen unseres Organs zu, beharrten aber auf Ablehnung bezüglich der anderen Blätter. Die Verhandlung wegen der Inhaftierten verlief ergebnislos. Die Militärs verschanzten sich hinter Kompetenzbedenken. Sie könnten der richterlichen Gewalt nicht in den Arm fallen. Besonderes Interesse beanspruche die Auseinandersetzung mit Freiherrn von Hammerstein. Dieser Herr ist der Ansicht, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Kommunisten seien schuld an den Vorgängen. Er äußerte:

Diesmal werden wir ganze Arbeit machen! Wir werden alle niederschlagen! Es wird uns gleichgültig sein, ob Unschuldige darunter leiden!

Mit Recht betonte der Referent, es sei ganz offensichtlich, daß diese reaktionären Herren vollkommen die Macht in der Hand haben. Eine unverkennbare Wut gegen die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft spreche aus allen ihren Aeußerungen. Sie würden es wahrscheinlich am schmerzlichsten bedauern, wenn es etwa zu einer gütlichen Beilegung des Konflikts kommen sollte. Das Interesse der Militärs liege an möglichst langandauernder Besetzung Berlins durch die Regierungsgarden. Beschämend ist geradezu das Verhalten des S. P. D.-Mannes Neue, der sich nicht entblödete, den Herren ausdrücklich darin beizupflichten, daß U. S. P. D. und K. P. D. schuld an den Vorgängen seien. (Allgem. Entrüstung.)

Büchel berichtete dann über die Verhandlungen über die Bildung einer kommunalen Arbeiterwehr. Auch diese mußten ohne Ergebnis bleiben, weil Noskes Vertreter auf telephonische Anfrage erklärte, die Frage solle nur dilatorisch behandelt werden, also ohne den ernsthaften Willen, sie der Verwirklichung näher zu bringen.

Wegmann erstattete Bericht über die Verhandlungen mit Noske über die Zurückziehung der Regierungstruppen aus Lichtenberg und Berlin. „Aus Berlin auch?" frug Noske. „Dann haben wir nichts mehr zu verhandeln", drehte sich um und wollte gehen. Nur mit Mühe konnte die Besprechung fortgesetzt werden, ergab jedoch auch nur einige „Wenn" und „Aber". Der Versuch,

einen Waffenstillstand herbeizuführen,

fand bereitwilligst bei den Lichtenberger Kämpfern Anklang, die Regierungstruppen kehrten sich aber nicht daran, sie feuerten weiter.

Es wurde nun versucht, die Bedingungen zu formulieren, unter denen es zur Einstellung der Kämpfe kommen könne. Die revolutionären Kämpfer sind zum weitesten Entgegenkommen bereit gewesen. Auch der Oberbürgermeister Bleihen-Lichtenberg hat sich an Noske gewendet mit der dringenden Bitte, die Kämpfe einzustellen und die Truppen zurückzuziehen, da nur Unschuldige die Opfer seien. Noske erklärte jedoch kategorisch:

Es gibt nur bedingungslose Uebergabe.

Und Major Gilsa tat den Ausspruch: **Es gibt keinen Pardon mehr, jetzt wird durchgegriffen.**

Wegmann knüpfte an seine Ausführungen die Mahnung an die Mehrheitler, sich nicht mehr von der Rücksicht auf den „Parteigenossen" Noske leiten zu lassen, sondern den Standpunkt der Menschlichkeit und der sozialistischen Revolution zu vertreten.

In der Aussprache wies Müller darauf hin, daß die Bewegungen während des Krieges zwar niedergeschlagen wurden, aber Sieger blieb die Arbeiterschaft. So werde es auch nach dem Abbruch des Generalstreiks sein. Er sei zwar beendet, aber seine Ursachen seien nicht beseitigt. Im Gegenteil, die Dinge seien schlimmer geworden. Verschärft werden die Gegensätze durch das Verhalten der Presse, einschließlich des „Vorwärts". Das muß zum Zusammenbruch des gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens führen. Die gegenwärtigen Kämpfe in Berlin und Lichtenberg sind nicht Folgen des Generalstreiks, sondern darauf zurückzuführen, daß man Anfang Dezember eine militärische Organisation schuf, die man nicht mehr meistern kann. Gewiß wird vielleicht eine Kirchhofsruhe geschaffen. Aber die Saat wird bitterböse Früchte tragen. Als der Januarstreik 1918 niedergeschlagen war, hat Scheidemann im Reichstage gesagt: „Soll so vielleicht die Arbeiterschaft zufrieden gemacht werden? Das ist eine böse Saat, die sie da säen. Zeigen Sie den Arbeitern, daß Sie nicht mit der Peitsche regieren wollen." Und als Oldenburg-Januschau den Ausspruch getan hatte: Ein Kanzler, der nicht den Willen habe, auf das Volk schießen zu lassen, tauge nichts, habe sich derselbe Scheidemann dagegen gewandt mit den Worten: Solche Leute mögen sich als eine Zierde der Menschheit halten, wir betrachten sie als den Auswurf der Menschheit! Heute ist dieser Mann Ministerpräsident, fuhr Müller fort, und — er läßt auf das Volk schießen. Aber es wird ihm und seinen Leuten gehen, wie allen derartigen Gewaltmenschen. Nur die Erfüllung der Forderungen der Arbeiterschaft kann eine Besserung der Lage bringen. (Beifall.)

Frank (S. P. D.) wurde, da seine Ausführungen als provozierend empfunden wurden, häufig durch lebhafte Entrüstungsrufe unterbrochen. Er führte etwa aus: Wir alle, ohne Ausnahme, bedauern die traurigen Vorgänge. Aber wir haben von vornherein darauf hingewiesen, daß bei dem Generalstreik das Militär werde eingreifen müssen. (Zuruf: Schämst du dich nicht?) Ich habe die Auffassung, daß keine Ursache zu dem Streik, wie zu dem weiteren überhaupt vorlag. (Stürmische Unterbrechung.) Aber es war ein Verbrechen, den politisch Ungeschulten die Illusion zu erwecken, der Sozialismus werde ihnen ein Schlaraffenland bringen. Wir sind dabei, wenn es gilt, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. (Lachen.) Wir sind dabei, wenn es gilt, den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen. (Erneutes Gelächter.) Wir sind aber nicht dabei, wenn der Kampf von Arbeitern gegen Arbeiter geführt werden soll. (Stürmische Unterbrechung.) Solange Ihr Fanatismus, Ihre Tobsucht und Raserei anhält, wird kein gedeihliches Arbeiten möglich sein. (Erneut ausbrechende Empörung.)

Büchel bemerkt beruhigend, daß der Redner niemand habe beleidigen wollen.

Herfurth (K. P. D.) führte aus: Die standgerichtlichen Erschießungen stellen sich als Mord dar. Wer nur eine Mitgliedskarte karte der Kommunistischen Partei bei sich hat, wird niedergeschossen. Von der bürgerlichen Presse und vom „Vorwärts" wird systematisch

eine Pogromstimmung erzeugt.

Es fehlt dieser Presse an dem notwendigen Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Masse. Tausende von Arbeitern, Familienvätern werden gefangen abgeführt, ohne daß man weiß, wohin sie kommen und ob sie überhaupt noch leben. Man hat der „Weißen Garde" die Verpflegungssätze und die Löhnung bedeutend erhöht, um sie zu neuen Taten anzuspornen. Bei den Kämpfen sind Mitglieder aller Parteien beteiligt. Die katastrophalen Ereignisse sind systematisch vom Edenhotel aus herbeigeführt worden. Der Richterspruch der Geschichte wird über alle Beteiligten ein Verdammungsurteil fällen. (Lebhaftes Sehr richtig!)

In diesem Augenblick werden die Saaltüren aufgerissen und schwerbewaffnete Noskegardisten erscheinen mit schußbereitem Gewehr im Saal. Sie besetzen alle Galerien und Ränge. Niemand darf herein und heraus. Der Versammlung bemächtigt sich ungeheure Erregung. Stürmische Protestrufe erheben sich. Den tosenden Lärm durchdringt endlich die Stimme Straßers (S. P. D.), der ruft: „Der Führer der Truppen, die soeben das Gebäude besetzt haben, erklärte mir, daß er den Befehl hätte, die Ein- und Ausgänge zu besetzen, daß jedoch alles andere telephonisch abgewartet werden müsse."

Die Versammlung muß vertagt werden. Das Vorstandsmitglied Büchel verhandelt unterdessen mit dem Führer der Truppen, der erklärt, nichts gegen die Fortsetzung der Verhandlung einzuwenden zu haben. Nach etwa halbstündiger Pause eröffnet R. Müller wieder die Versammlung. Er verliest folgende von allen Fraktionen eingebrachte und durch einen Zusatz Straßers ergänzte Entschließung:

Die Versammlung der A.- u. S.-Räte protestiert auf das Entschiedenste gegen die unerhörte Provokation der „Weißen

Garde", die es wagt, das Parlament einer revolutionären Körperschaft durch Eindringen in das Versammlungsgebäude zu stören und unmöglich zu machen. Sie fordert Genugtuung für dieses unerhörte Vorgehen und ruft die Arbeiterschaft aller Betriebe zum einmütigen Protest gegen das Willkürregiment Noske-Reinhard auf.

Die A. u. S.-Räte erheben schärfsten Einspruch gegen das Eindringen von bewaffneten Soldaten in die heutige Sitzung. Er wird von der Regierung Rechenschaft für dieses Verhalten der Truppen verlangen und nichts unterlassen, um einer Wiederholung derartiger Vorgänge vorzubeugen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Dann erhielt Dr. Michaelis das Wort. Er wies die Vorwürfe gegen die Presse als zum größten Teil unbegründet zurück. Wegmann müsse er den Vorwurf machen, die Presse nicht informiert zu haben, es würde dann ein objektiver Bericht gegeben worden sein. Die Ausschreitungen seien eine notwendige Konsequenz des Generalstreiks. (Großer Widerspruch.) Jetzt komme es darauf an, die Gemüter zu beruhigen. Die Entente sei drauf und dran, neben anderen schweren Bedingungen uns eine jahrzehntelange Schuldknechtschaft aufzuerlegen. (Zuruf: Durch eure Schuld.) Er sei der Meinung, wir müßten unter allen Umständen solche schmachvolle Bedingungen ablehnen. (Widerspruch.) Vom seinem Standpunkte aus halte er die Weltrevolution für möglich. Er wünsche eine starke Volksregierung. Wenn das ganze Volk sich zu einer einheitlichen Macht zusammenschließe, um eine einheitliche Politik zu treiben, werde leicht über alle Schwierigkeiten hinwegzukommen sein. (Zustimmung.)

Ein Antrag der S. P. D. auf sofortige Freigabe der „Republik" und der „Roten Fahne" wird einmütig angenommen. Ferner wird beschlossen, jedem Armeekorps sollen zwei Vertreter, den zentralen Militärbehörden gleichfalls eine Vertretung auf dem Rätekongreß zugebilligt werden. Mit der Einberufung des Rätekongresses durch den Zentralrat zum 26. März erklärte sich die Versammlung einverstanden. An Stelle der aus dem Vollzugsrat freiwillig ausgeschiedenen Vertreter der Kommunisten sollen zwei Unabhängige eintreten. Das wird debattelos von allen Fraktionen zugestanden.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Versammlung mußte jedoch notgedrungen weitertagen, da die zu Noske abgesandte Kommission, die wegen der aufrechterhaltenen militärischen Besetzung des Versammlungslokals verhandelte, noch nicht zurückgekehrt war. Es wurden kleinere Angelegenheiten besprochen.

Schließlich berichtete Neue: Die Besetzung ist von der Garde-Kavallerie-Schützendivision angeordnet, weil dort ein Befehl vorliegt, daß sämtliche, also auch nichtöffentliche Versammlungen überwacht und eventuell aufgelöst werden sollen. Die Kommission wandte sich entschieden dagegen. Darauf wurde die Besetzung als ein Mißverständnis bezeichnet und die Zurückziehung der Truppen angeordnet. Nach zirka einstündiger Internierung konnten die Versammlungsteilnehmer endlich den Saal verlassen.

Der weiße Schrecken in Berlin.

Die Kampflage in Lichtenberg.

Um Lichtenberg ist ein eiserner Ring gezogen. Die Regierungstruppen drängen von allen Seiten dem Innern der Stadt zu. Die Aufständigen sollen bereits vollständig umzingelt sein. Gestern vormittag wurden die zur Warschauer Straße führenden Nebenstraßen gesäubert. Minen- und Schrapnellfeuer kam wieder zur Anwendung. Gegen Mittag wurde Lichtenberg von Hohenschönhausen aus unter Artilleriefeuer genommen. Das Artilleriefeuer wurde von Fliegern geleitet.

Der Bahnhof Frankfurter Allee ist gegen Mittag besetzt worden. Die Unterführung soll durch Minenwerfer und Artilleriefeuer vollkommen zerstört sein. Auch die Häuser haben durch die erneute Beschießung schwer gelitten. Eine große Anzahl Gefangener wurde wieder abtransportiert. Die Regierungstruppen haben in der Nähe der Irrenanstalt Herzberge eine Funkenstation eingerichtet, die mit den einzelnen Truppenverbänden und dem Reichsmarineamt in Verbindung steht.

Die Aufständigen sind in Richtung Karlshorst abgedrängt worden. Ihre Stützpunkte standen im Verlauf des Nachmittags wieder unter schwerem Feuer. Die Zahl der Toten bei den Kämpfen in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch und am Mittwoch vormittag, soll sich auf 150 belaufen. Alle Rettungsstellen sind mit Leichen überfüllt. Mehr als 200 Verwundete mußten geborgen werden.

Die täglichen Erschießungen.

Von militärischer Seite wird gemeldet: Bei Durchsuchungen in den besetzten Stadtteilen wurden Dienstag nacht 4 Spartakisten, die bewaffneten Widerstand leisteten, festgenommen und standrechtlich erschossen. Bei Aushebung eines Spartakistennestes in der Gegend östlich des Alexanderplatzes wurden 30 Polen gefangengenommen.

Berlin, 12. März. (W. T. B.) In der Köpenicker Straße wurde durch die Truppen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ein Spartakistennest ausgehoben. Die Leute mußten erst mit der Waffe niedergekämpft werden. 34 Spartakisten wurden erschossen, die anderen gefangengenommen. Es wurde eine große Anzahl Waffen dort gefunden.

Vogelfrei.

Amtlich wird durch W. T. B. mitgeteilt: Die Depots 1a, 2a, 4, 5, 8, 10 und 15 der Republikanischen Soldatenwehr sind aufgelöst. Jeder frühere Angehörige dieser Depots, der mit Waffen in der Hand betroffen wird, wird erschossen.

Neue Berichte über Greueltaten.

Die Garde-Kavallerie-Division stellt der bürgerlichen Presse eine Reihe von protokollarischen Aussagen zur Verfügung, durch die bewiesen werden soll, daß die Aufständischen in Lichtenberg eine große Anzahl von Gefangenen in der schwersten Weise gemißhandelt und nachher erschossen haben sollen. Zum Teil decken sich die Berichte mit den am Sonntag in der bürgerlichen Presse veröffentlichten Greuelgeschichten. Auch diese Aussagen hatten gefangene Regierungssoldaten gemacht, die den Mißhandlungen und Erschießungen beigewohnt haben wollen. Wie sich später herausstellte, waren die Gerüchte zum größten Teil erlogen. Selbst der Kommandeur eines in Lichtenberg einmarschierten Bataillons mußte zugeben, daß nach seinen Feststellungen nur vier Soldaten und zwei Kriminalisten erschossen worden sind. Man wird also auch die neuesten Zeugenaussagen nur mit der allergrößten Vorsicht aufnehmen müssen.

So will ein gefangen gewesener Gefreiter gesehen haben, daß außer den Kriminalisten 18 Artilleristen erschossen worden seien. Die Erschießung soll am Sonnabend stattgefunden haben. Die Gefangenen, so sagt der Gefreite aus, seien vorher durch Messerstiche schwer verletzt worden. Anderen habe man die Finger abgeschnitten (!). Auch 25 gefangene Maschinengewehrschützen sollen erschossen worden sein.

Wir müssen an der Aussage des Gefreiten den stärksten Zweifel hegen. Denn es ist kaum glaublich, daß Menschen so verroht sein können, Gefangenen vor der Erschießung die Finger abzuschneiden. Derartige Nachrichten erinnern allzusehr an die Greuelgeschichten, wie sie in den ersten Monaten des Krieges verbreitet worden sind. Es ist unbedingt notwendig, daß eine Kommission die Vorgänge in Lichtenberg einwandfrei untersucht. Durch derartige unkontrollierbaren Berichte wird die Stimmung unter den Soldaten noch mehr erregt als sie es ohnehin schon ist. Sie schaffen den Boden für neue Greuel. Auch die Bevölkerung wird in Angst und Schrecken gejagt.

Wir mißbilligen die Greueltaten, von welcher Seite sie auch begangen werden, auf das entschiedenste. Aber mit der gleichen Energie wenden wir uns gegen die lügenhaften Berichte, die in der Presse jetzt täglich veröffentlicht werden. Es [illegible] man den Krieg im Innern mit den gleichen [illegible] mit denen man den Krieg gegen die „äußeren Feinde" geführt hat. Welcher Art diese Methoden waren, das sitzt der denkenden Bevölkerung noch so tief im Bewußtsein, daß sie dieselben mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Die Erschießung eines Redakteurs der „Roten Fahne".

Reichswehrminister Noske hatte bei Beginn des Berliner Generalstreiks der Garde-Kavallerie-Schützen-Division den Befehl gegeben, die Redakteure der „Roten Fahne" zu verhaften, und alle Mitglieder der kommunistischen Partei, die über größeren Einfluß verfügen.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division besorgt dieses Werk gründlich. Es gelang ihr, des Genossen Leo Jogisches habhaft zu werden. Die „Vossische Zeitung" vom 11. März meldete, einer der gefährlichsten Aufrührer, Jogische, sei während der Straßenkämpfe verhaftet und von einem Soldaten im Kriminalgericht erschossen worden, weil er sich gewehrt habe. Von alledem ist nur der Tod Jogisches glaubhaft, da er von seinen Freunden nicht mehr gesehen worden ist. Alles andere ist ganz unglaubwürdig. Jogisches war an den Straßenkämpfen absolut unbeteiligt. Er war auch viel zu klug, sich gegen einen Haufen bewaffneter Soldaten zu wehren.

Sein „Verbrechen" bestand nur darin, den Mord an Liebknecht und Luxemburg aufzuklären, und das hatte ihm tödlichen Haß zugezogen.

Die „Vossische Zeitung" meldet, es habe sich im Kriminalgericht noch ein „ähnlicher Fall" abgespielt. Wer ist da noch erschossen worden?

Die amtlichen Schlachtberichte.

W. T. B. meldet: Bevor am 12. vormittags die vereinigten Truppen der Deutschen Schutzdivision und des Freikorps Hülsen zum Angriff gegen die Barrikaden der Frankfurter Allee übergingen, bahnte sich ein mit Offizieren des Divisionsstabes der Deutschen Schutzdivision besetztes, ungepanzertes Personenauto unter Führung des Rittmeisters von Arnim, kämpfend den Weg bis zur ersten Barrikade, die sofort von den Offizieren und zwei Begleitleuten gestürmt wurde, wobei fünf schwere Maschinengewehre in die Hände der Angreifer fielen. Die Spartakisten flohen unter Hinterlassung eines Toten. Dieselbe kraftfahrende Besatzung fuhr dann als erste Spitze der Regierungstruppen, umjubelt von der befreiten Lichtenberger Bevölkerung, noch von allen Seiten beschossen, die Frankfurter Allee weiter, teils auf dem Bürgersteig, teils auf den Anlagen sich vorarbeitend und stellte die Verbindung mit den an der Warschauer Straße vorrückenden Teilen der Garde-Kavallerie-Schützen-Division her, die zunächst das geglückte Wagestück nicht für möglich halten wollte.

Weiter wird durch W. T. B. gemeldet: Die Besetzung des Ostens von Berlin einschließlich Lichtenbergs durch die Schutzdivision, das Freikorps Hülsen und die Garde-Kavallerie-Schützen-Division ist planmäßig durchgeführt. Die Kämpfe waren im allgemeinen nicht allzu schwer. An verschiedenen Stellen kam es jedoch zu lebhaften Einzelkämpfen, so wurde besonders am Bahnhof Lichtenberg eine große Anzahl Gefangener gemacht; die mit der Waffe in der Hand im Kampfe gegen die Regierungstruppen Betroffenen sind erschossen worden. Viele Fälle bestialischer Grausamkeiten der Spartakisten sind einwandfrei (!) festgestellt. Die Beute an Waffen ist beträchtlich. Auch größere Bestände an Lebensmitteln fielen in die Hände der Regierungstruppen. Bei den Kämpfen haben sich die Kampfwagen besonders bewährt. Die Verluste der Regierungstruppen sind nicht erheblich.

Gescheiterte Vermittelungsversuche.

Schon am 6. März begannen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie den Streik der Gas- und Wasserarbeiter zu verhüten und dem in den Straßen Berlins begonnenen Blutvergießen ein Ende zu bereiten. Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters Wermuth hat der Volksbeauftragte für die Stadt Berlin, Genosse Dr. Rosenfeld, den Genossen Richard Müller, mit Rücksicht auf die mit einer Gas- und Wassersperre für die Berliner Bevölkerung verbundenen Gefahren beim Groß-Berliner Arbeiterrat durchzusetzen, daß der Streik nicht auf die Gas- und Wasserwerke ausgedehnt würde. Genosse Müller hat dann auch erreicht, daß die Durchführung des Streikbeschlusses unterblieb.

Ferner hat Genosse Dr. Rosenfeld gegenüber den Reinhardt-Truppen ebenfalls schon am 3. März seine Vermittlung zur Verhütung weiteren Blutvergießens an Oberbürgermeister Wermuth unterstützt dies Anerbieten und empfahl den Regierungstruppen, davon Gebrauch zu machen. Dies ist aber nicht geschehen.

Am 7. März verhandelte Oberbürgermeister Wermuth mit Noskes Adjutanten über die tunlichst baldige Einstellung der Kämpfe. Der Adjutant erklärte, daß dies erst dann möglich sein würde, wenn von der anderen Seite bestimmte Vorschläge hierfür gemacht würden. Dies teilte Herr Wermuth dem Genossen Rosenfeld mit, der sich darauf sofort mit dem Vollzugsrat in Verbindung setzte und mit einer von diesem eingesetzten Kommission, die aus je einem Demokraten, einem Rechtssozialisten und einem Unabhängigen bestand, einen Plan für eine neu zu schaffende Volkswehr entwarf, deren Aufgabe es sein würde, Räuber und Plünderer in Schach zu halten. Dieser Plan wurde auch Herrn Wermuth mitgeteilt.

Am 10. März machte Genosse Rosenfeld dem Adjutanten Noskes Mitteilung. Dieser aber erklärte nunmehr, Noske habe befohlen, die Sache dilatorisch (d. h. in verzögernder Weise) zu behandeln, man habe mit den Volkswehren schlechte Erfahrungen gemacht, sie müßten abgebaut, eine neue Volkswehr solle nicht gegründet werden.

Nach dieser Erklärung hatte es keinen Zweck mehr, mit Noske zu verhandeln.

Es ist somit Noske, der durch sein und seines Adjutanten Verhalten eine Verständigung unmöglich machte.

Uebertriebene Absperrungsmaßnahmen.

Infolge der Straßenkämpfe in Lichtenberg ist der ganze Berliner Osten hermetisch abgesperrt. Die Sperre erstreckt sich vom Bahnhof Frankfurter Alle über den Strausberger Platz zum Königstor nach dem Friedrichshain bis Weißensee. Es ist den Bewohnern des abgesperrten Stadtteils unmöglich, in das Innere der Stadt zu gelangen, und wer sich in der Stadt befindet und nach Hause gehen will, steht ebenfalls vor einer undurchdringlichen Mauer.

Die Zugangsstraßen sind durch eine doppelte Postenkette abgesperrt. Die Posten sind schwer bewaffnet, außerdem sind Hunderte von Maschinengewehren und eine große Anzahl von Geschützen aufgestellt. Die Posten gehen ganz rücksichtslos vor. Sie lassen sich auf Unterhandlungen nicht ein und erkennen keinerlei Ausweise als maßgebend für den Durchlaß an. Selbst Ausweise vom Reichswehrminister Noske ausgestellt, werden nicht beachtet. Die Posten drohen bei der kleinsten Gelegenheit, von der Waffe Gebrauch zu machen und schneiden dabei Gesichter, daß es den Passanten, die notwendige Geschäfte zu erledigen haben und die Sperre passieren möchten, Angst und Bange wird.

Die Folge dieser Absperrung ist, daß nach dem Berliner Osten Lebensmittel nicht mehr transportiert werden können. Viele Leute sind deshalb schon seit einigen Tagen ohne Lebensmittel. Mütter und Säuglinge sind ohne Milch. Wenn die übertriebene Absperrung noch längere Zeit anhält, steht der Osten Berlins vor einer Hungersnot. Aber auch die Arbeiter werden durch die Absperrung schwer geschädigt. Es ist den meisten nicht möglich, die Arbeitsstätte zu erreichen. Andere irren von einer Straße zur anderen, um nach Hause zu gelangen, aber auch das wird ihnen verwehrt. Den Anwohnern wurde von den Posten gestern abend erklärt, daß sie am Donnerstag morgen überhaupt nicht mehr herausgelassen würden.

Es ist unbedingt notwendig, daß im Interesse der Bevölkerung des Ostens die Sperre schnellstens gemildert wird oder möglichst bald gänzlich aufgehoben wird.

Dachschützen.

Seit sich die Regierungstruppen Berlins bemächtigt haben, wird wieder in allen Stadtteilen geschossen. Wir erleben das gleiche Spiel wie in den Januarwochen. Auch damals sollten, als die Regierungstruppen die Straßen abpatrouillierten, von allen möglichen Dächern herab Schüsse auf sie abgegeben worden sein. Wir konnten damals feststellen, daß diese Dachschützen in den allermeisten Fällen gar nicht existierten. Vielfach haben sich die Regierungstruppen in der Aufregung selber beschossen.

Das gleiche Schauspiel wiederholt sich jetzt noch einmal. So wollte man Montag nacht in der Hardenbergstraße und am Kurfürstendamm, wo nur ganz feine Leute wohnen, Spartakisten festgestellt haben, die von den Dächern herabschossen. Es ist aber vollkommen ausgeschlossen, daß es einem fremden Menschen gelingt in diese Häuser einzudringen. Ebenso kann er, wenn er mit den Verhältnissen nicht ganz genau vertraut ist, nicht den Weg auf die Dächer finden. Und dort selbst ist es ihm nicht möglich, sich bei der Dunkelheit längere Zeit aufzuhalten. Das müßte schon ein erstklassiger Kletterkünstler sein.

Die Tatsache, daß man trotz Ableuchtung der Dächer mit Scheinwerfern nie eines „Spartakisten" habhaft wird, beweist zur Genüge, daß die Dachschützen nur Produkte einer erregten Phantasie sind. Wer glaubt zum Beispiel, daß in der Nacht zum Mittwoch von den Dächern aus mit Maschinengewehren und Minenwerfern (!!!) ein Angriff auf die Kaserne des 3. Garderegiments in der Wrangelstraße unternommen worden ist? Die bürgerliche Presse berichtet davon, aber sie muß selbst zugeben, daß es nicht möglich war, auch nur einen dieser Schützen festzunehmen, obwohl es ein ganzer Haufen gewesen sein soll. Und wo mögen erst die Minenwerfer geblieben sein?

Auch die Zigarettenfabrik Manoli wurde in einer der letzten Nächte von den Regierungstruppen unter das Feuer eines Marinegeschützes und einer Revolverkanone genommen. Nach der Beschießung, die eine starke Beschädigung des Gebäudes verursacht hat, mußten die Regierungssoldaten einsehen, daß sie ein unnützes Zerstörungswerk angerichtet hatten.

Bei den blindwütigen Schießereien im Januar wurde uns von Offizieren der Regierungstruppen mitgeteilt, daß die Truppen nicht genügend Feuererfahrung hätten und sich deshalb durch den Schall der Schüsse, die aus ganz anderen Stadtteilen herüberhallen, irreführen ließen und ohne weiteres auf die Häuser, in denen sie Schützen vermuteten, das Feuer eröffneten. So und nicht anders ist es auch dieses Mal wieder. Das Schlimmste an der ganzen Sache ist nur, daß durch diese blindwütigen Schießereien fast jedesmal unschuldige Menschen ums Leben kommen.

Die Opfer der Beschießung.

Schrecklich sind die Opfer, die das Bombardieren des Nordostens gekostet hat. In der Husemannstraße wurde, wie uns berichtet wird, eine Frau beim Bettenmachen zerrissen. Die Tochter lief in den Zimmern umher, um sie zu suchen. Als sie endlich die umherliegenden Teile bemerkte, wurde sie irrsinnig. Am Friedrichshain, wo die Böhmischstraße anfängt, hatten sich harmlose Zivilisten angesammelt. Beobachtende Flieger schickten kurzerhand ihre Bomben hinein. Zehn Personen wurden getötet und viele verwundet. Die umliegenden Häuser sind schwer beschädigt.

Am Sonntag nachmittag sah ein Augenzeuge, wie in der Elbinger Straße eine Granate einem jungen Mann, der leicht

noch mit seiner Braut spazieren ging, die Kehle zerriß. Eine Frau und zwei Kinder wurden noch getötet. Die Granate sauste durch Bäume des Friedrichshaines und krepierte auf der Straße.

Erstürmung einer massiven Haustür.

Nur ein einziges Beispiel für die Art der Berichterstattung und für die Art der „Kriegführung" wie sie heute in Berlin geübt wird. Wolffs Bureau meldet:

Berlin, 12. März. In der letzten Nacht wurde von der fliegenden Kraftwagen-Jagdstaffel der Garde-Kavallerie-Schützen-Division eine Unternehmung gegen die Redaktion der „Weltrevolution" durchgeführt. Auf mehreren Lastkraftwagen fuhren einige Stoßtrupps zur Neuen Friedrichstraße, sperrten die Straßenzugänge und drangen, nachdem mittels Handgranaten die massive Haustür gesprengt war, in die Redaktionsräume ein. Hier wurden viele Exemplare der „Weltrevolution", Schriftstücke, Setzplatten usw. beschlagnahmt. Auf die abziehenden Mannschaften wurde von den Dächern der umliegenden Häuser heftig geschossen. Das Feuer wurde von den Regierungstruppen erwidert.

Darauf machte die Jagdstaffel eine Streife in die Lothringer Straße und Umgegend, wo ebenfalls von den Dächern und Fenstern geschossen wurde. In den Fenstern der oberen Stockwerke wurden Sandsäcke beobachtet.

In der Lothringer Straße 16, wo sich eine Ausgabestelle der „Weltrevolution" befindet, wiederholte sich derselbe Vorgang, wie in der Neuen Friedrichstraße.

Wir konstatieren, daß nach diesem hochamtlichen Bericht die einzigen Feinde, die die tapfere Jagdstaffel von Angesicht zu Angesicht gesehen und siegreich bekämpft hat, eine „massive Haustür" und einige „Sandsäcke" waren.

Es ist auch von „Dachschützen" die Rede. Aber diese Dachschützen kennt man schon. Sie treten überall auf, wo man gerne schießen will. Die gab es auch im Januar. Und damals wie heute ist ihre Haupteigenschaft die, daß sie immer spurlos verschwunden sind, wenn man das betreffende Haus und Dach absucht.

Um es glatt zu sagen: diese Dachschützengeschichten sind in 99 Fällen von 100 ein purer Schwindel. Und sie sind auch in diesem Falle ein durchaus unzureichender Grund um die ganz unrechtmäßige „Erstürmung" einer „massiven Haustür" zu rechtfertigen. Ist es anders, so wird ja gewiß die tapfere Jagdstaffel in der Lage sein, nicht nur die erbeuteten Schriftstücke, sondern auch die bei dieser „Unternehmung" gemachten Gefangenen und getöteten Feinde nachzuweisen.

Aber die ganze Art des Berichtes kennzeichnet seine Verfasser so einwandfrei, daß es unnötig wäre ein Wort darüber zu verlieren, wenn nicht Noskes Standrechterlaß ausgerechnet in die Hände dieser Leute das Leben ihrer Mitbürger gelegt hätte. Und was von solch einer „Jagdstaffel" zu erwarten ist, das zeigt ja der Bericht.

Haussuchungen.

Im Laufe des gestrigen Tages wurden im Norden und Osten Berlins erneut ganze Stadtviertel nach Waffen abgesucht. Die Untersuchung geht äußerst streng vor sich. Die Straßen werden abgesperrt und mit Maschinengewehren gesichert, ebenso die einzelnen Häuser, die von der Untersuchung betroffen werden. Es ist unmöglich ein Haus zu verlassen oder zu betreten, bevor es die Regierungstruppen bis in den letzten Winkel durchstöbert haben.

Die Absperrung ruft natürlich große Unannehmlichkeiten hervor. Die Bewohner sind nicht in der Lage, ihre Einkäufe zu erledigen und kommen bei der Knappheit an Lebensmitteln vielfach um die ihnen zustehenden Rationen. Anderen ist es nicht möglich, die Arbeitsstätte zu erreichen. Sie haben einen Lohnausfall zu erleiden, der ihnen niemand vergütet.

Die Vorgänge in Neukölln.

Uns wird geschrieben: Am Donnerstag, den 6. März, nachmittags, bekam die in der Schule am Herzbergplatz einquartierte Republikanische Soldatenwehr einen, wie sich nachträglich herausstellte, gefälschten Befehl von dem Depotführer Schulz, sich sofort zum Marstallgebäude in Berlin zu begeben, da dieses angeblich bedroht sei. Die Truppe rückte daraufhin sofort ab und ließ nur eine Wache von je 15 Mann in ihren Kasernen zurück. Kurz nach dem Abrücken erhielten die zurückgebliebenen Mannschaften die Nachricht, daß Regierungstruppen in größerer Zahl im Anzuge seien, um die Depots zu besetzen. Die zurückgebliebenen Wachen brachten darauf ihre in den Kasernen befindlichen Kleidungs- und Ausrüstungsstücke sowie ihre Lebensmittel aus den Kasernen heraus und zogen mit diesen ab.

Als die zum Marstall beorderten Truppen bei ihrer Ankunft erfuhren, daß es sich hier um ein fingiertes Manöver handelte, kehrten sie nach Neukölln zurück und fanden zu ihrem grenzenlosen Erstaunen ihre bisherigen Quartiere von den Reinhardtruppen besetzt. Diese hatten unterdessen die Herzbergschule in eine richtige Festung umgewandelt, eine Reihe von Geschützen auffahren lassen und in den Fenstern der Herzbergschule, dem Polizeipräsidium, sowie auch in anderen Gebäuden Maschinengewehre eingebaut. Den zurückkehrenden Mannschaften wurde vor den Reinhardtruppen gesagt, daß sie hier nichts mehr zu suchen hätten.

Durch diese Vorgänge hat sich der Einwohnerschaft Neuköllns eine große Erbitterung und Unruhe bemächtigt. Obwohl die Arbeiterschaft sehr oppositionell gestimmt ist, ist sie während der Januarwoche vollständig ruhig geblieben und hat sich sogar nach dem Einzug der Reinhardtruppen trotz aller Provokationen zu keinen unbesonnenen Taten hinreißen lassen. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend waren Schießereien im Gange. Es läßt sich nicht feststellen, wodurch diese Kämpfe den Anfang genommen haben, und ob es sich bei diesen Trupps um republikanische Soldaten oder um Zivilisten gehandelt hat. Es ist ganz unerklärlich, daß die Reinhardtruppen dazu übergegangen sind, bei diesen Schießereien schwere Minen auf die Häuser zu werfen, wodurch die Umgebung furchtbare Schäden erlitten hat.

Die Reinhardtruppen zogen am Sonntag früh wieder ab. Es ist charakteristisch, daß zur Zeit der Anwesenheit der Reinhardtruppen nicht ein Schuß in Neukölln zu hören war. Am Sonntag nachmittag gab es eine große Völkerwanderung der Neuköllner, die sich die in der Nähe der Herzbergschule befindlichen Verwüstungen ansahen. Als am Montag mittag die Reinhardtruppen wieder einzogen, kam es wieder zu Unruhen und Schießereien. Bis heute, Mittwoch, wird in Neukölln fortdauernd, wenn auch mit Unterbrechung, an allen möglichen Stellen geschossen. Man spricht von vielen Opfern, deren Zahl natürlich schwer festzustellen ist. Die Bevölkerung befindet sich in fortwährender Aufregung, in einer Panik- und Verzweiflungsstimmung.

An Einzelheiten sei noch folgendes mitgeteilt: Es wird behauptet, daß die sogenannten Spartakisten von Treptow aus mit Geschützen die Herzbergschule bombardiert hätten. Tatsächlich sind von dieser Seite Geschoßspuren nicht zu bemerken.

Einer weiteren Aufklärung bedarf das Verhalten des Depotführers Schulz, von dem Gerüchte herumgehen, daß er von der Regierung bestochen sei. Er selbst hat Anschläge plakatieren lassen, worin er sich gegen diese Vorwürfe wehrt und behauptet, daß er nur auf Befehl seiner Vorgesetzten gehandelt hat. Er gibt jedoch leider nicht an, wer seine Vorgesetzten gewesen sind, die den falschen Alarm verursacht hatten.

Nach all dem ist es ein außerordentlich starkes Stück, wenn die gesamte Presse angibt, daß die Reinhardtruppen nach Neukölln geschickt sind, um Ruhe und Ordnung herzustellen. In Neukölln herrschte bis zum Einzug der Regierungstruppen allenthalben Ruhe. Erst mit den Regierungstruppen kehrte die Unordnung ein. Es ist nach alledem nicht zu verwundern, wenn die Einwohnerschaft nichts sehnlicher wünscht als den Abzug der Regierungstruppen, damit jeder ohne Störung seiner Arbeit nachgehen kann.

Das Standrecht.

Ein Mitarbeiter der „B. Z. A." hat den Stellvertreter des preußischen Justizministers Dr. Hugo Heinemann über die „juristische Seite" des Standrechts befragt. Die Antwort lautete:

„Standrecht gibt es juristisch überhaupt nicht. Der Begriff des Standrechts ist juristisch nicht existent. Nur im Volksmunde werden die außerordentlichen Kriegsgerichte auch Standgerichte genannt. Juristisch kann man das Standrecht unter den Begriff der Notwehr stellen, soweit es sich um eine solche handelt. Der Begriff der Notwehr kann heutzutage ziemlich weit ausgedehnt werden, weil die Regierungstruppen nach den Vorkommnissen der letzten Wochen dort, wo sie bewaffnete Spartakisten antreffen, auch annehmen können, daß diese auf sie schießen wollen."

Das aber ist die „juristische Seite" des Standrechts. Daraus geht hervor, daß das „Standrecht" überhaupt kein Recht ist. Und daß die Truppen Noskes genau so viel und so wenig das „Recht" haben, entwaffnete Gefangene zu erschießen, wie — — irgend ein anderer. Das ganze Standrecht läuft auf den Befehl hinaus: „Pardon wird nicht gegeben." Der Befehl war grausam aber ehrlich. Aber er ging nicht von Noske, sondern von Wilhelm II. aus. Damals ging ein Schrei der Empörung durch die ganze Welt. Aber das ist schon lange her.

Das „Berliner Tageblatt" im Kampfe gegen die „Bestie".

Der Beschluß unseres Parteitages, der die Auflösung der Noskeschen Söldnerscharen, die Entwaffnung des Bürgertums und die Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft fordert, scheint dem „Berliner Tageblatt" unruhige Nächte zu bereiten. Zweimal schon nahm es die gegenwärtigen Unruhen in Berlin zum Anlaß, um die Urheber des Beschlusses der Vorliebe für eine Politik der Gewalttätigkeit und gar der Begünstigung der „niedrigsten Schauflichkeiten des Janhagels", der „infamsten Gewalttaten des Kommunismus" anzuklagen. Wer solche Beschlüsse faßt, meint das „Tageblatt", der „will der Bestie, der man den Käfig geöffnet hat, auch die Wärter aus dem Wege räumen, damit sie ungehemmt durch die Straßen rasen kann". Und ein anderesmal schreibt es:

„Nein, kein ehrlicher und vernünftiger Mensch kann glauben, die Ruhe und das Leben des deutschen Volkes seien gegenwärtig durch andere Mittel zu schützen, als durch diejenigen, mit denen sich die Regierung heute behilft. Und die Aufnahme jener Forderungen in das Aktionsprogramm ist eben einer der dunklen Punkte, die daran zweifeln lassen, daß die Unabhängigen vertrauenswerte Hüter der Ordnung sind."

„Vertrauenswerte Hüter der Ordnung" sind nach der Meinung des „B. T." einzig und allein jene Garden, deren Angehörige Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordeten, und die gegenwärtig unter der Bevölkerung der Arbeiterviertel Berlins ein Blutbad anrichten, wie es in der Geschichte der Konterrevolutionen seinesgleichen sucht. Der Parteitag forderte die Auflösung dieser Truppen in der Erkenntnis, daß das Söldnertum jeder militärischen Moral entbehrt und auf die Dauer die niedrigsten Elemente des Volkes im Heere vereinigt. Die Spießruten der altpreußischen Armee waren kein Privatvergnügen der damaligen Offiziere. Manneszucht ist im Söldnerheere nur zu erreichen durch strengsten Zwang. In den Söldnerscharen, die gegenwärtig im Norden und Osten Berlins eine blindwütende Schreckensherrschaft ausüben, ist ein solcher Zwang nicht durchführbar. Ihre Angehörigen sind nur mit einer gewissen Nachsicht bei der Truppe zu halten, und die — „energischsten" Elemente unter den Söldnern dürften dem Dienst nur darum Reiz abgewinnen, weil er ihnen Gelegenheit zu Beute und Abenteuern bietet. Dazu kommt, daß sich die Truppen meist aus blutjungen, politisch gänzlich unerfahrenen und sittlich wenig gefestigten Leuten zusammensetzen, die sich völlig in der Hand von Offizieren befinden, die infolge ihrer Klassenzugehörigkeit von einem tiefen Haß gegen die sozialistische Arbeiterschaft beseelt sind. Trotzdem gelten diese Truppen dem „Berliner Tageblatt" als die besten Hüter der Ordnung und die sicherste Gewähr für ein friedliches Beieinanderleben der Gesellschaftsklassen.

Die vom Parteitag vorgeschlagene Volkswehr dagegen würde sich vorwiegend aus gereiften Arbeitern rekrutieren, die durch jahrelanges Wirken in ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bewiesen haben, daß sie Selbstzucht zu üben und Ordnung zu wahren verstehen. Das „Berliner Tageblatt" weiß genau, daß diese Kreise gemeint sind, wenn von klassenbewußten Arbeitern die Rede ist. Und es ist eine Unverschämtheit, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann, die Arbeiterschaft, die sich in solcher Truppe zu einer Ordnungswehr vereinigen würde, in eine Linie zu stellen mit Mordbrennern. Die klassenbewußte Arbeiterschaft bringt von vornherein weit höhere moralische Qualitäten für den Ordnungsdienst mit, als das Söldnertum des Noske, das nur geeignet ist, die durch den Krieg begonnene Demoralisation der Jugend fortzusetzen.

Allerdings: für Bourgeoisinteressen würde die sozialistische Volkswehr nicht ins Feuer gehen. Und das ist der Grund, weshalb das „B. T." die vom Parteitag geforderte Ordnungswehr so verabscheut.

Als Vorwand für seine Entrüstung dient dem Blatte allerdings die Spaltung der Arbeiterschaft in mehrere politische Richtungen. Das „B. T." meint, daß damit die Ordnung in der Ordnungstruppe von vornherein untergraben sei.

Die Herren können sich beruhigen. Die Einigung des Proletariats wird aller Verhetzung zum Trotz erreicht werden und ein fruchtbares Zusammenwirken der Arbeiter auch in einer Volkswehr möglich machen.

Im übrigen zeigt das Beispiel der Volkswehr in Deutschösterreich, die nach dem gleichen Grundsatz gebildet worden ist, den unser Parteitagsbeschluß ausspricht, daß mit einer solchen Truppe der Ordnung bestens gedient ist.

Die Herrschaft der Bourgeoisie.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bringt einen längeren Aufsatz von Paul Lensch unter dem Titel „Die Krisis der Sozialdemokratie".

Seine Darstellungen und Erkenntnisse sind nicht eben tiefgründig, aber er sieht wenigstens klar:

Daß die Sozialdemokratie in steigendem Maße den Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung zu verlieren droht. Die Bewegung hat sich ein anderes Bett gegraben und scheint der alten Führerschaft völlig aus den Händen zu gleiten.

Er sucht die Gründe dafür vor allem in der schwankenden und unsozialistischen Haltung der Regierung in der Sozialisierungsfrage, in ihrer Verständnislosigkeit gegenüber den Arbeiterräten und in der falschen und heuchlerischen Kriegspolitik der alten Partei. Er fährt dann fort:

Drittens und schließlich kann man die Schwierigkeiten der alten Partei in der widerspruchsvollen Haltung zwischen ihrer inneren und äußeren Politik finden. Man kann nicht im Innern revolutionär auftreten und die Herrschaft der Bourgeoisie brechen wollen und gleichzeitig im Aeußern sich den schamlosesten Befehlen der Bourgeoisie unterwerfen.

So lange die reaktionären Gewalthaber in den Ententestaaten am Ruder bleiben, bedeutet die deutsche Revolution einen Sturm im Glase Wasser, und die Sozialisierung unserer Wirtschaft wird dort enden, wo die Ententebourgeoisie es will.

Lensch redet nur von der Bourgeoisie in den Ententeländern. Geißelte er auch das Paktieren der Mehrheitler mit der Bourgeoisie im eigenen Lande, sähe er ein, daß gerade das Zusammengehen, das dauernde Nachgeben vor den Wünschen der kapitalistischen Bourgeoisie innerhalb und außerhalb der Regierung, die Arbeiterschaft erbittert — so träfe er den Nagel auf den Kopf.

Keine Amnestie.

Weimar, 12. März. Wolff meldet: In der Presse ist berichtet worden, Reichswehrminister Noske habe erklärt, die Reichsregierung bereite eine Amnestie aus Anlaß der letzten Aufstände vor. Eine solche Aeußerung ist nicht getan worden, und es besteht auch eine derartige Absicht nicht. Die Schuldigen soll vielmehr die volle Strenge des Gesetzes treffen.

Die Verhaftung der Mörder.

Die Regierung freut sich, mitteilen zu können, daß die Verhaftung der Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ohne jeden Druck von außen her erfolgt sei. Sie soll vor allem in gar keinem Zusammenhang mit dem Generalstreik stehen. Da muß man sich denn doch fragen, warum die Verhaftung so lange auf sich warten ließ und warum sie vor allem nicht gleich nach der Veröffentlichung des einwandfreien Materials der „Roten Fahne" und des Vollzugsrats vorgenommen wurde.

Den Husaren Runge hat man bisher immer noch nicht gefunden. Das Kriegsgericht muß jetzt selbst zugeben, daß dieser Mensch sowohl Karl Liebknecht als auch Rosa Luxemburg beim Verlassen des Edenhotels mit dem Gewehrkolben über den Kopf geschlagen hat. Warum findet man diesen Mörder nicht? Die „Rote Fahne" hat in ihrer Nr. 40 vom 26. Februar bekanntgegeben, daß sich Runge im Husarenregiment Nr. 8, 5. Eskadron, befände. Der Truppenteil lag damals in Basdorf. Es sind nach dort Geldsendungen an ihn gerichtet worden.

Der Rätekongreß verschoben.

Berlin, 12. März. Der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik richtet folgende Bekanntmachung an alle Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands:

Die schwierigen Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse in der ganzen Republik, die Streiks der letzten Zeit und die damit verbundenen postalischen Schwierigkeiten machen es einem Teil der deutschen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte unmöglich, die für den Kongreß angeordneten Neuwahlen bis zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkt durchzuführen. Der Zentralrat mußte die Berechtigung der aus den verschiedensten Gegenden der Republik eingegangenen Beschwerden in dieser Sache anerkennen und hat daher beschlossen, eine Verschiebung des Termins des auf den 26. März einberufenen zweiten Rätekongresses vorzunehmen.

Der Kongreß wird nunmehr auf Dienstag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, in den Sitzungssaal des ehemaligen preußischen Herrenhauses, Berlin Leipziger Straße, berufen.

Die in den Richtlinien des Zentralrats vorgesehenen Wahltermine erfahren demgemäß die entsprechende Verschiebung.

Politische Nachrichten.

Die sozialistische Studentenpartei ersucht uns mitzuteilen, daß die von ihr gefaßte Resolution, die eine sozialistische Besetzung des Kultusministeriums fordert, mit den Plänen zur Teilung des Ministeriums in keinem Zusammenhang steht.

Groß-Berlin.

An unsere Abonnenten!

In einer Zeit hochgehender Erregung die Zeitung vermissen zu müssen, kommt dem politisch interessierten Leser schwer an. Und doch mußten sich in voriger Woche Hunderttausende in ihr Schicksal fügen, ohne Zeitung zu sein. Die Leser der „Freiheit" waren dadurch besonders ausgezeichnet, weil vom ersten Tage des Generalstreiks ab die „Freiheit" sich an die Beschlüsse der Versammlung der Arbeiterräte kehrte, während eine Anzahl bürgerlicher Blätter und auch der „Vorwärts" noch einige Tage erschienen. Unsere Leser irren aber, wenn sie etwa annehmen sollten, unser Blatt hätte durch das Nichterscheinen einen Vorteil gehabt. Wir müssen deshalb unsere Leser bitten, den Botenfrauen bei Einkassierung des Abonnementsbetrages für den laufenden Monat keine Schwierigkeiten bereiten und auf die Ereignisse Rücksicht nehmen zu wollen, die nicht die Zustellung der Zeitung so ermöglichte, wie das sonst notwendig ist. So wie uns unsere Leser die Treue bewahren, werden wir uns bemühen, in gleicher Treue die Interessen der proletarischen Bevölkerung nach wie vor furchtlos und unerschrocken zu vertreten.

Verhaftungsfieber.

Am Dienstag vormittag kamen 12 schwer bewaffnete Regierungssoldaten unter Führung eines Leutnants nach der Siemensstr. 12 in Röntgental, um das dort wohnende Mitglied des Arbeiterrates von Röntgental, den Genossen R. Ueberler, zu verhaften. Zu gleicher Zeit ging ein Trupp nach dem Gemeindebureau, um den Genossen U., falls man ihn zu Hause nicht antreffe, dort zu verhaften. Der Verhaftete ist bereits im Edenhotel eingeliefert. Ferner wurden Haussuchungen bei den Mitgliedern des Arbeiterrats vorgenommen. Zugleich wollte man den Vorstand des Ortsvereins der U. S. P. D. verhaften, was aber mißlang, da niemand angetroffen wurde. Vorübergehende Passanten wurden nach Waffen untersucht.

Verhaftet wurde gestern von einem Aufgebot von 60 Bewaffneten der Herausgeber der „Lichtstrahlen", Herr Julien Borchardt. Der Grund ist unbekannt.

Jugendweihe in Neukölln.

Um den Eltern, welche ihre Kinder nicht kirchlich einsegnen lassen, Gelegenheit zur Jugendweihe zu geben, wird eine derartige Feier von der Arbeiterschaft Neuköllns am Sonntag, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr, in den Stern-Lichtspielen veranstaltet. Anmeldungen werden noch bis zum 15. März im Bureau des Wahlvereins, Neckarstraße 8, entgegengenommen.

Keine Stadtverordnetenversammlung.

Wegen der für größere Zusammenkünfte noch immer bestehenden Schwierigkeiten fällt die Verpflichtung und Einführung der neu gewählten Berliner Stadtverordneten heute aus.

Der Vollzugsrat der Groß-Berliner A.- u. S.-Räte hat seine Bureauräume aus dem Abgeordnetenhaus jetzt nach der Straße In den Zelten 23 verlegen müssen.

Achtung! Arbeiter-, Betriebs-, Angestelltenräte und Betriebsvertrauensleute der U. S. P. D. Groß-Berlins! Freitag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße (Ecke Belleallicancestraße): Außerordentliche Funktionärkonferenz. Mitgliedsbuch legitimiert. — Der Fraktionsvorstand der U. S. P. D.-Arbeiterräte. Malzahn.

Heute, Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, findet in den Zelten 23 der Rednerkursus statt. — Der Fraktionsvorstand. Malzahn.

Der Straßenbahnverkehr in Groß-Berlin ist am Mittwoch im Westen und teilweise auch im Südwesten in beschränktem Umfange wieder aufgenommen worden. Der Verkehr ruht noch vollständig infolge technischer und anderer Schwierigkeiten — Brücken- und Straßensperrungen, Störungen von Leitungen, Beamtenmangel u. dgl., im Osten, Nordosten und Süden. Im Norden und in Moabit verkehren einige Linien. Die städtischen Straßenbahnen können noch nicht verkehren, weil die Endstrecken in der Thorner-, Petersburger-, Warschauer- und anderer Straßen noch unter Feuer liegen und die Beamten ohne Lebensgefahr die Depots nicht erreichen können.

Die Teilnahme der Eisenbahner am Generalstreik wird in bürgerlichen Blättern als nur sehr geringfügig bezeichnet. Von unterrichteter Seite wird uns dazegen mitgeteilt, daß sich über 30 000 Eisenbahner an dem Ausstand beteiligt haben. Dies wäre um so mehr ein Zeichen für das politische Erwachen dieser Arbeiterschicht, als seitens der Eisenbahndirektion jedem einzelnen, der nicht mitstreikt, eine besondere Belohnung in Höhe von 20 Mark pro Tag versprochen worden war.

Aus Kreisen der Feuerwehr werden wir gebeten, mitzuteilen, daß die Nachricht, Wagen der Feuerwehr seien zu Munitionstransporten verwendet worden, nicht zutrifft. Wir hatten eine solche Nachricht nicht verbreitet.

Der Neuköllner A.- und S.-Rat aufgelöst? Wie die „V. Z. am Mittag" erfahren haben will, ist der A.- und S.-Rat in Neukölln aufgelöst worden. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt uns noch nicht vor.

Die Erwerbslosenfürsorge des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin verzichtet mit Rücksicht auf die Verkehrsverhältnisse auch für die Woche vom 10. bis 15. März d. J. auf die Abstempelung der Kontrollkarten bei den Arbeitsnachweisen.

Städtische Arbeitsnachweise in Wilmersdorf. Die Männerabteilung der städtischen Arbeitsnachweise in Berlin-Wilmersdorf ist nach der Turnhalle der Gemeindeschule I. Giselerstr. 1—7, verlegt worden. Für Verhandlungen mit Arbeitgebern und Kriegsbeschädigten sowie für Einzelbesprechungen mit den Arbeitsuchenden stehen besondere Räume zur Verfügung. Der Arbeitsnachweis für Männer ist werktäglich von 8—3 Uhr geöffnet. (Fernruf Pfalzburg 3920.) Neben der Männerabteilung bestehen die beiden Frauenabteilungen der städtischen Arbeitsnachweise in der Gasteiner Straße 11 (Fernsprecher Uhland 8795) und in der Trautenaustr. 14 (Fernsprecher Uhland 8799), die von 8—12 und 4—7 Uhr, Sonnabends von 8—5 Uhr geöffnet sind.

Lebensmittelkalender.

Pankow. In den bekannten Geschäften gegen Abtrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 100 von der allgemeinen Lebensmittelkarte 100 Gramm lose Suppen zum Preise von 20 Pf. — Auf die Bezugs- und Quittungsabschnitte 25 und 30 der Lebensmittelkarte für Jugendliche je 100 Gramm Haferflocken, also zusammen 200 Gramm zum Preise von 31 Pf.

Velten. Die Gemeinde beabsichtigt den Ankauf von Schafen für die hiesige Einwohnerschaft. Die Preise werden sich für das Mutterschaf auf etwa 140—180 M. und für das Lamm auf etwa 60—90 M. belaufen. Bedingung für die Beschaffung ist, daß sich der Besteller verpflichtet, die Schafe und Lämmer mindestens 2 Jahre lang zur Zucht zu halten. Die Schafe dürfen also innerhalb 2 Jahren nicht abgeschlachtet werden. Diejenigen Einwohner, die bereit sind, unter diesen Bedingungen Schafe anzukaufen, wollen sich im Bureau des Gemeinde-Elektrizitätswerkes bis zum 15. März d. J. melden.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Generalversammlung der U. S. P. (Siehe Inserat.)

Neukölln. Dienstag, den 18. März, abends 6½ Uhr, findet in der Aula, Kaiser-Friedrich-Straße 20, anläßlich der Märzfeier ein Kunstabend statt. Mitwirkende: ein Solistenquartett des Blüthner-Orchesters, die Neuköllner Liedertafel, Herr Pomel (Rezitation) und Genosse Bogtherr (Festrede). Eintrittskarten zum Preise von 1,25 M. sind bei den Bezirkskassierern und im Bureau des Wahlvereins, Neckarstraße 8, zu haben.

Steglitz. Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Paulsen-Realgymnasium, Kindstraße 6. Vortrag über „Die politische Lage." Berichte. Mitgliedsbücher vorzeigen.

Spiel und Sport.

Turnverein Fichte. Wegen Verkehrsschwierigkeiten und der Verhängung des Standrechtes über Berlin sind alle getroffenen Veranstaltungen aufgehoben. Alles weitere erfolgt durch die Presse.

Spandau. Arbeiter-Schachspieler und -Spielerinnen und solche, die es werden möchten, treffen sich am Sonntag, den 16. März, vormittags 10 Uhr, im Lokal Makeprange, Neuendorfer-, Ecke Triftstraße. 1. Vortrag über „Die Entstehung des Schachspiels und die Arbeiterschachbewegung. Genosse Oehlschläger. 2. Gründung eines Arbeiterschachklubs in Spandau.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayßler. 7½ Uhr: Ödn.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater 7½ Uhr: Wie es euch gefällt.
Kammerspiele 7½ Uhr: Fasching.
Kleines Schauspielhaus Passagestraße 5, Portal 5. 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Dir.: C. Meinhard, R. Bernauer
Theater i. d. Königgrätzer Str. 7½ Uhr: Musik.
Komödienhaus Schiffbauerdamm 26, a. d. Neuen Wilhelmstr. 7½ Uhr: Die Ehe Frankfurter.
Berliner Theater 7½ Uhr: Sterne, die wieder leuchten.
Th. d. Friedrichstadt Täglich 7½ Uhr: Drei tolle Tage
Residenz-Theater Täglich 7 Uhr: Das höhere Leben. Von Hermann Sudermann.
Trianon-Theater Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 3961. 7½ Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.
Lessing-Theater Direkt.: Victor Barnowsky. 7 Uhr: Peer Gynt. Freitag: Der Blaufuchs. Sonnabend zum 1. Male: Der rote Hahn.
Deutsches Künstler-Theat. 7½ U.: Nachtbeleuchtung. Freitag: Kostbarer Ehebruch. Sonnabend 7 Uhr: Der Schöpfer.
Central-Theater. 7½ Uhr: Die Rose von Stambul
Deutsch. Opernhaus Charlottenb. 7 Uhr: Der eiserne Heiland.
Friedrich-Wilhelmst.-Theater. 7½ Uhr: Hannerl. Das Dreimäderlhaus. II. Teil.

Kleines Theater. 7½ U.: Der Revolutionär
Komische Oper. 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus. 7½ Uhr: Die spanische Fliege
Metropol-Theater. 7½ Uhr: Die Faschingsgiss. Sonntag 3 Uhr: Wiener Blut.
Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm 4a Norden 381. Täglich abends 7½ Uhr: Die keusche Susanne
Palast-Theater. 7 Uhr: Christus mit Ludwig Wüllner.
Schiller-Theater Charlottenburg 7½ Uhr: Der Reisebegleiter.
Thalia-Theater. 7½ Uhr: Polnische Wirtschaft.
Theater am Nollendorfplatz. 7 Uhr: Der Juxbaron.
Theater des Westens. 7½ Uhr: Madame Sherry.
Wallner-Theater 7½ Uhr: Geisha. Stg. 3½ Uhr: Graf v. Luxemburg
Rose-Theater 7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus. Gastspiel d. Friedrich Wilhelmstädt. Theaters.
Walhalla-Theater 7½ Uhr: August der Starke
Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. 7½ Uhr: Der Schlager der Saison. Das neue Berliner Volksstück: Vater Knolle. Dazu erstklassige Spezialität. Sonnt. 3½ Uhr: Die weiße Dame.
Wintergarten täglich 7½ Uhr Varietévorstellung. Rauchen gestattet.

Landrichter, außerdienstlich, Rechtsbeistand in allen erdenklichen Rechtssachen, Gerichtsvertretung. Eingaben usw. Beratung kostenlos. Lothringer Str. 47, Müllerstr. 176.

Möbelcredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegspaniel. nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Lombard, Müllerstraße 7, eine Treppe.

PIANOS Adam, Münzstr. 16
große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie neuer Pianos. Panzerplatte, weiße Pianos. Kaufpreisanzahlung 1000 Mark. Klaviersimmer Adam, Münzstr. 16.

U. S. P. Charlottenburg.
Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung.
4. Bericht vom Parteitag.
5. Diskussion.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Nur Mitglieder haben Zutritt. Der Vorstand.

Verband der Gastwirtsgehilfen
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Außerordentl. Mitgliederversammlung
für Sektion I.: Hotel- und Wein-Restaurationskellner, „ Sektion IV.: Küche und Sektion V. Hoteldiener und Zimmermädchen,
am Donnerstag, den 13. März, abds. 11½ Uhr
für Sektion III.: Cafégangestellte,
am Freitag, den 14. März, vormittags 10 Uhr
für Sektion II.: Bierrestaurantkellner, „ Sektion VI.: männliches Hilfspersonal, Sektion VII.: weibliche Angestellte,
am Freitag, den 14. März, abends 11½ Uhr
alle Versammlungen tagen im Kretzer-Palast, Behrenstraße 48.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Beitragserhöhung. 3. Anstellungsverträge.
Wir erwarten das Erscheinen aller Mitglieder. Die Ortsverwaltung.

Geschäftsstelle: N 39, Gotzkowsky Str. 4. Tel. Nord. 8007.
Verkehrs-Institut Verein Groß-Berlin
Ab 2. März 1919: Börsenhaus Börse, Burgstraße 27, Sprung 44 a u. b

Ordentliche Mitgliederversammlung
am Dienstag, den 25. März 1919, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal I.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht a) des Vorstandes, b) der Kassierin, c) der Revisoren, d) des Schiedsgerichts.
2. Diskussion.
3. Erteilung der Entlastung des Vorstandes.
4. Wahl des gesamten Vorstandes, des Schiedsgerichts, der Revisoren.
5. Wahl des Kassenvorstehers.
6. Satzungsänderungen.
7. An den Vorstand gelangte Anträge und Beschwerden.
Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. Neu aufgenommene Mitglieder haben die Aufnahmebestätigung mitzubringen. Anträge zur Jahresversammlung müssen bis 18. d. M. in Händen des Vorsitzenden sein, um berücksichtigt werden zu können. Es wird erwartet, pünktlich zur Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftsstelle von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 180, 1239, 1987, 9714.
Kollegen und Kolleginnen.
Während der Zeit des berüchtigten Belagerungszustandes sind unsere Büros durchgehend von 9—4 Uhr geöffnet. Die Ortsverwaltung.

Die Verwaltungsstelle Berlin, des Zentr. Met.-Arb. Verb. hat beschlossen, zum sofortigen Antritt 20 Angestellte anzustellen. Bewerber müssen vollkommen mit den Verbandsgeschäften vertraut sein. Voraussetzung für die Bewerbung ist eine fortschrittliche Mitgliedschaft. Aus der Bewerbung muß Alter, Beruf sowie die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen.
Die Bewerbungen sind bis zum 22. März 1919 mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Kolleg. Otto Rusch, Berlin N 54, Linienstraße 83/85 einzusenden. Später einlaufende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.

Zimmerchen oder möbl. Schlafstelle sucht solider alleinstehender Junggeselle (Zeitungsträger), möglichst mit Verpflegung. Offerten unter F. W. 20.

Botenfrauen welche in der Nähe des Magdeburger Pl. wohnen, werden verlangt. Mario Döring, Steinmetzstraße 33.

Achtung! Arbeiter!
Auf Grund des Abkommens mit der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung:
Arbeiter der Metallindustrie, des Transport- und Fuhrwesens, der Chemischen- und Bauindustrie sowie der Industrie für Stein und Erde aus Betrieben, die weniger als 40 Arbeiter beschäftigen, erhalten
billige Kleidung
gegen Abgabe eines Bezugscheins und eines Ausweises vom Arbeitgeber, in der K. V. G. Abteilung für Arbeiterversorgung
Berlin SW, Kommandantenstr. 80/1
Verkaufszeit 9—5 Uhr.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Kindlieder-Sofa, Küche, Ausziehschrank, Versch. einz., Umbausofa, Chaiselongues, Bettstelle, eichenes Bäfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeaux, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Gardinenverkauf! Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Tischdecken, Divandecken, Tüllbettdecken, Teppiche, Bettvorleg., Läuferstoffe, Steppdecken, Federbetten usw. billigst. Herzig's Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße 15 (nahe Rosenthaler Platz).

Chaiselongue 90.— M. an, engl. Bettstellen, Vitrinen, Matratzen, Kofferschränke, Matratzen, Teppichen Walter Gingerich Straße 18.

Gebrauchte Bettstelle, Unterbett, Tülldecken, Küchenrahmen mit Geschirr, Zither verkauft Köhne, 5—6 nachm. Tegeler Straße 33-34, 4 Tr. Eingang Sprengelstraße.

Zeitungsfrauen
werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin: Hentel, Wichertstr. 28. Hadbarth, Weberstraßenplatz 2. Hennig, Bettenstraße 14. Gierschner, Gleisener Straße 90. Döring, Stralauerstraße 33. Peterson, Hirschberger Straße 34. Schiffbauerdamm 19. Dienstle, Boppstraße 1.
Charlottenburg: Berens, Wallstr. 68.
Lichtenberg: Engel, Hohenlitz. 28.
Niederschöneweide: Schaffranik Schandauerstr. 53.
Steglitz: Rand, Albrechtstr. 6.

Spezial-Behandlung von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
jeder Art bei Männern und Frauen, spez. veraltete (chronische) Harnleiden u. Ausflüsse, nervöse Schwäche usw. Ehrlich-Hata-Kuren. Blutuntersuchung. Licht- und Fluxus-Behandlung. Quecksilber-Entziehungs-Kuren. Eigenes Kur-Bad für elektrische und medizinische Bäder. Ohne Berufsstörung. Ostreuste Räume für Damen und Herren.
Aerztlich geleitete Heilanstalt.
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz Tel. 4-8. Sonntags 9-1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin Gertrud Rüster, Nostitzstr. 54, am 4. d. Mts. gestorben ist.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner Fritz Hoffmann, Kottbuser Damm 23, am 5. dieses Monats, gestorben ist.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher Fritz Stegmann, Tegeler Str. 23, am 4. d. Mts., gestorben ist.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Eisenbahner Ernst Abendroth, Gneisenaustr. 22, am 7. d. Mts. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

4. Wahlkr. U. S. P. D.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Klavierarbeiter **Julius Henke** Romintener Straße 52, gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag nachm. um 3 Uhr in Arnsfelde statt. Abfahrt Wriezener Bhf. um 2 Uhr nachm. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

4. Wahlkr. U. S. P. D.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt **Herm. Roller** Grüner Weg 111, gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Kleine Anzeigen

Verkaufe sofort billig alleinstehend Gardinen, Stores, Portieren, Inlett, Tülldecken, Divandecken, Tischdecken, auch soll neue Teppiche, Bettvorleger, Läuferstoffe, Steppdecken, Bettdecken, Federbetten, Friedr. Gelegenheitsverkäufe, Prinzenstr. 84 II (Moritzplatz).

Paletot, Ulster, Herrenstiefel (43), Nähmaschine, Meerschweinchen, Heck- und Flugbauer, Kaninchenställe verkauft Hertz, Torstraße 18.

Nähmaschine, Wheeler & Wilson, und Lang- und Rundschiff verkauft billig Kleiner, Erasmusstr. 1 (Moab.)

Verkaufe billigst Küche mit Geschirr, Tisch, Zeglampe, gold. Damenuhr, Herrenunterwäsche, Daunen, Müllerstraße 131 a IV.

Anzug (sehr große Figur) verkauft Karge, Alexandrinenstraße 127.

Kupferleitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft und zahlt die höchsten Preise Bartel, Prenzlauer Str. 13 am Alexanderplatz. Telephon Königstadt 2013.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel, kauft preiswert R. Schumann, Große Frankfurter Straße 31 II.

Platina Gramm 10 Mk. Zahngebisse, Gold kauft Frau Linke, Blücherstraße 40.

Pflische, Mützenfabrik, Giesestraße kauft jeden Posten „Gebrauchter" Clesial, Hagenauer Straße 14, Kopenicker.

Piano oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schneider, Kaiserstr. 14, II. Preisangebot erbeten.

Siemensstadt
„Die Freiheit" wird den Lesern vom 1. März ab durch Botenfrau zugestellt. Die Spedition befindet sich Wattstr. 11 bei Nowottny.

Achtung! Oranienburg
Die Spedition der Freiheit befindet sich jetzt Bahnhofstraße 5 bei Krause.
Interessante Parteilektüre vorhanden.

Homöopath. Inst. Meißner Müggelstr. 25 am Bahnhof Frankf. Allee für Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleiden, nerv. Schwäche, Spez. verall. Fälle bd. schnellst. sich. u. schmerzl. Behandl. ohne Berufsstörung. - Ausk. kostenl. Sprechst. 10-1, 5-8. Sonnt. 10-12.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden
spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag, Mandelentzündung, Mannesschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ältesten u. ältesten Kur-Institut von **Dir. Löser senior.** Nur Rosenthaler Straße 69-70 am Rosenthaler Platz. Rötgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Bäder. Behandlungszeit 8-1, 6-8. Sonnt. 9-1. Separates Damenzimmer.

Das Ernährungsprogramm der Regierung.

In den nächsten Tagen wird die endgültige Entscheidung fallen, wann, in welchem Umfange und zu welchen Bedingungen die Entente Deutschland mit Lebensmitteln versorgen wird. Daß die Entente diese Versorgung Deutschlands übernehmen werde, war von allem Anfang an klar. Alle gegenteiligen Nachrichten waren Tendenzmeldungen. Wir haben deshalb die Entrüstung über die angebliche Unmenschlichkeit der Entente, die Deutschland verhungern lassen wolle, nie mitgemacht, sondern im Gegenteil immer darauf hingewiesen, daß die Entente Deutschland um so eher und ausreichender mit Lebensmitteln versorgen werde, je ehrlicher die politische Wandlung in Deutschland vollzogen werde.

Bereits unter dem früheren Reichsernährungsminister Wurm haben Verhandlungen mit amerikanischen Vertretern stattgefunden, bei denen kein Zweifel darüber bestand, daß die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln erfolgen werde. Selbstverständlich ist es nicht Menschenliebe, was die Amerikaner bewegt, sich für die Versorgung Deutschlands mit aller Kraft einzusetzen, sondern wie Genosse Wurm am Montag in der Nationalversammlung mit Recht hervorgehoben hat, die Tatsache, daß Amerika und Australien starken Ueberfluß an Brotgetreide haben und für das Jahr 1919 noch eine weit bessere Ernte erwarten als für das Jahr 1918.

Diesem Willen zur Versorgung Deutschlands stand aber die Tatsache gegenüber, daß die Entente für ihre Lieferungen finanzielle Sicherheiten verlangte. Eine Bezahlung in bar kommt bei der Höhe des Wertes, den selbst die bis zur neuen Ernte zu liefernden Nahrungsmittel haben, — etwa 4—6 Milliarden Mark — fast nicht in Frage. Ebensowenig aber auch für den Augenblick eine Bezahlung durch die Lieferung von deutschen Arbeitserzeugnissen. Bei dem gegenwärtigen Stand des deutschen Wirtschaftslebens ist Deutschland nicht imstande, Arbeitserzeugnisse in solcher Menge auszuführen, daß damit die einzuführenden Lebensmittel bezahlt werden können.

Von Anfang an konnte deshalb der Ausweg nur darin gesehen werden, daß der Kredit in Anspruch genommen wurde. Ein offener Kredit konnte bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Betracht kommen. Gegen eine Verpfändung von deutschen Werten aller Art aber wendeten sich die deutschen Kapitalisten. Hier liegt deshalb eine der bisherigen Hauptschwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung durch das Ausland. Höher als die Interessen der Allgemeinheit stehen den deutschen Kapitalisten ihre eigenen Profitinteressen.

Bei den Verhandlungen mit der Entente, die jetzt in Brüssel stattfinden sollen, wird deshalb besonders die Klärung dieser Frage nötig sein. Räumt die Entente Deutschland keinen Kredit ein, so ist es dringende Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die in deutschen Händen befindlichen ausländischen Werte ebenso wie die deutschen Guthaben im Auslande restlos zur Bezahlung der Einfuhr herangezogen werden. Reichen diese Werte nicht aus, so muß durch die Verpfändung von sonstigen Sicherheiten die Einfuhr ermöglicht werden. Denn von der Zufuhr von Lebensmitteln hängt die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter ab, die immer geringer wird, je länger die jetzige Hungerperiode andauert.

Aber es genügt nicht, daß die Regierung nur dafür sorgt, daß die Ernährung des deutschen Volkes bis zur neuen Ernte sichergestellt wird, ebenso wichtig ist die Vorsorge für das künftige Erntejahr. Bei den Beratungen in der Nationalversammlung am Montag hat der neue Reichsernährungsminister einige Gedanken über seine zukünftigen Absichten ausgesprochen, die anscheinend so eine Art Programm darstellen sollen.

Daß bei einer Koalitionsregierung mit Demokraten und Zentrumsleuten die Neubesetzung des Reichsernährungsamtes durch einen Sozialisten und durch Konzessionen an die Wirtschaftspolitik dieser beiden Parteien zu erlangen war, unterliegt wohl keinem Zweifel. Die Demokraten verlangen Rückkehr zum freien Handel, das Zentrum als agrarische Partei Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung oder zu mindest Milderung im Interesse der Agrarier. Schmidts Ausführungen haben keinen Zweifel daran gelassen, daß er geneigt ist, diese Konzessionen zu machen. Der freie Handel soll wieder in einen Teil seiner alten Befugnisse eingesetzt werden und die Lockerung der Zwangserfassung im Sinne des agrarischen Systems Rösicke durchgeführt werden. Dabei kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß besonders gegenwärtig für diese Milderung der Zwangserfassung seine wirtschaftliche Veranlassung gegeben ist. Wenn Schmidt glaubt, daß er damit dem Schleichhandel ernsthaft zu Leibe gehen könne, so irrt er sich auf das Härteste. Der Schleichhandel und die Preise werden beim freien Handel und der Lockerung der Zwangswirtschaft ins Ungemessene steigen, die Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse weiter wesentlich zurückgehen. Der Schleichhandel, bzw. dann der legalisierte Handel zu den unerhörtesten Wucherpreisen wird blühen. Daß diese Maßnahmen nur dem Bestreben zu danken sind, der liberalen und der agrarischen Wirtschaftspolitik Zugeständnisse zu machen, darf man wohl auch aus der Tatsache schließen, daß selbst Schmidt den von ihm angekündigten Versuchen sehr pessimistisch gegenübersteht. Er sagte in der Nationalversammlung nach dem Bericht des „Vorwärts“:

„Ich bin mir über die Wirkung der Freigabe gewisser Artikel für den Handel sehr wohl bewußt. Sie wird zweifellos übermäßig hohe Preise zur Folge haben, wenn es nicht gelingt, durch die Einfuhr den Preis zu drücken, und das erscheint mir einstweilen noch zweifelhaft. Aber ich bin geneigt, in gewissem Umfange einen Versuch zu machen. Ich erkläre aber heute schon: Wenn die planlosen Preistreibereien fortdauern sollten, so werde ich zu den Höchstpreisen zurückkehren und dafür sorgen, daß die Höchstpreispolitik mit aller Entschiedenheit durchgesetzt wird.“

Die Landwirte schmunzeln über diese wirkungslose Drohung. Sie wissen, daß wirtschaftliche Maßnahmen ihre eigenen Gesetze haben, und daß, wenn die Preise gestiegen sind, es schwer oder unmöglich ist, sie herabzusetzen. Diese Erkenntnis findet sich selbst in den Reihen der Rechtssozialisten. Ihr offizieller Redner, der Abgeordnete Sollmann-Köln, hat gegenüber seinem rechtssozialistischen Ministerkollegen in der Nationalversammlung am Montag betont:

„Ich warne dringend vor einer weiteren Preiserhöhung und vor restloser Aufhebung der Zwangswirtschaft. Der Reichsernährungsminister ist mit den angekündigten versuchsweisen Maßregeln vielleicht schon zu weit gegangen.“

Es ist sehr bezeichnend für das Offiziösentum, das gegenwärtig den „Vorwärts“ beherrscht, daß in seinem Bericht dieser Einspruch des Redners seiner Partei gegen die Maßnahmen des rechtssozialistischen Ministers unterdrückt wird. Es wäre ja auch eine zu starke Belastung der rechtssozialistischen Massen, sie darüber zu unterrichten, daß die Maßnahmen ihrer Minister selbst die Mißbilligung ihrer Parlamentarier hervorrufen.

Schmidts „Programmrede“ ist bezeichnend für die verhängnisvollen Folgen jeglicher Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien. Genosse Wurm hat in seiner Rede darauf hingewiesen, wie man verfahren müsse, wenn man die Ernährung des deutschen Volkes durch die einheimische Landwirtschaft sicherstellen wolle. Jetzt, vor Beginn der neuen Ernte, könne man sich zu durchgreifenden Maßregeln entschließen. Nicht Freigabe des Handels, nicht Abbau der Zwangswirtschaft mit der ungeheuren Gefahr der weiteren Steigerung der Preise sei die Aufgabe, sondern Förderung aller Bestrebungen, die Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung zu heben. Um dieses Ziel zu erreichen, kann man sich aber nicht der Hilfe der Demokraten und der Agrarier, sei es auch nur der der Zentrumsagrarier, bedienen. Man muß es zu erreichen suchen durch Stärkung der Stellung des landwirtschaftlichen Arbeiters und der Bauern mit Hilfe der Bauern- und Landarbeiterräte. Aber gerade Schmidt ist Gegner der Bauern- und Landarbeiterräte, wie er als Gewerkschaftler Gegner der Arbeiterräte ist. Die Bauern- und Landarbeiterräte müssen die Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse übernehmen, und mit ihrer Hilfe muß die Sozialisierung der Landwirtschaft begonnen werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung wurde mit der Beratung der Sozialisierungsvorlage vollständig ausgefüllt. Die Redner der Rechten beteiligten sich recht eifrig an der Debatte und versuchten mit allen Mitteln das Gesetz, da seine Annahme doch nun einmal gesichert erscheint, noch mehr zu verwässern und seinen Bannkreis zu beengen. Vor allen Dingen liegt ihnen daran, daß die reichen Bergmagnaten eine „angemessene“ Entschädigung erhalten. Ferner verlangen die Deutschnationalen, daß Grund und Boden von der Ueberführung aus dem Privatbesitz in Gemeinwirtschaft ausgeschlossen sein soll.

Eine besondere Bewertung erfuhr die Vorlage noch durch den der Regierung gemachten Vorwurf, daß nicht sachliche, sondern politische Gründe für die Einbringung der Vorlage maßgebend gewesen seien. Die Redner der Rechten mögen auch recht haben mit ihrer Behauptung, daß durch die Annahme dieses Gesetzes die Arbeiterschaft noch lange nicht beruhigt sein wird.

Dem Versuch, das energische Eintreten unserer Partei für eine möglichst schnelle Sozialisierung mit den Vorgängen in Lichtenberg zu verquicken, trat Genosse Dr. Oskar Cohn mit Nachdruck entgegen. Beachtenswert sind auch die Ausführungen Adolf Brauns, der die Notwendigkeit einer allgemeinen Sozialisierung betonte und in recht wirksamer Weise darauf hinwies, daß dies das einzige Mittel sei, um unserer Volkswirtschaft wieder auf die Beine zu helfen.

*

26. Sitzung vom 12. März 1919.

Am Regierungstisch: Wissell, Noske, Schmidt, Bell und Erzberger.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Zur zweiten Beratung steht der

Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes.

§ 1 lautet in seinem 1. Absatz nach den Beschlüssen des Ausschusses: Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Die Worte „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit“ sind vom Ausschuß neu eingefügt worden.

Nach § 2, der gemeinsam mit § 1 beraten wird, ist das Reich befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung 1. geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen in Gemeinwirtschaft überzuführen und 2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln. Die Entschädigungspflicht, die durch besondere Reichsgesetze geregelt werden soll, ist von der Kommission neu eingefügt worden, ebenso die Bestimmung, daß die gemeinwirtschaftliche Regelung der Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter nur „im Falle dringenden Bedürfnisses“ durch das Reich erfolgen kann.

Abg. Roegler erhebt Bedenken gegen diese Vorlage und gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: „Durch die Kommissionsbeschlüsse zu dem Sozialisierungsgesetz sind Grundsätze angenommen worden, die es ermöglichen, die freie Privatwirtschaft und den freien Handel in Deutschland durch Staatseingriffe völlig zu lähmen, und zwar auf Grund von Kommissionsverhandlungen, welche jede sachliche Begründung dieses Schrittes auf Seiten der Regierungsvertreter haben vermissen lassen. (Hört! Hört!) Wir legen gegen diese Beschlüsse, welche nach unserer Ueberzeugung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft verderblich sind, und den Wiederaufbau unserer Wirtschaft hemmen oder gar ausschließen werden, hiermit Verwahrung ein.“ Wir wollen eine revolutionäre Entwicklung, was aber in den augenblicklichen Vorlagen erstrebt wird, ist eine evolutionäre Entwicklung, für die wir die Verantwortung ablehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Pachnicke (Dem.): Das vorliegende Gesetz ist nur ein Rahmengesetz. Schon deshalb werden die verhängnisvollen Folgen, die der Vorredner befürchtete, sich nicht aus ihm ergeben. Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden, wir werden rechtzeitig abzustoppen wissen. Dem Gesetz als ganzem stimmen wir zu. (Lebhafter Beifall bei den Dem.)

Abg. Beidt (Dnat.): Das Fehlen einer schriftlichen Begründung hat die gesetzgeberische Arbeit sehr erschwert. Die Regierung hat uns noch immer keine Aufklärung darüber gegeben, was sie eigentlich unter Sozialisierung versteht. Die bezweckte Beschwichtigung der unruhigen Elemente wird nicht erreicht werden. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß die jetzigen Machthaber glauben, ihre Herrschaft werde nicht lange dauern und sie müßten deshalb recht viel vom Erfurter Programm in die Scheuern bringen. (Unruhe bei den Sozd.) Wir sind nicht grundsätzliche Gegner einer verständig vorbereiteten Kollektivwirtschaft, aber wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Art der Sozialisierung als im tiefstem Grunde unwirksam ab. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident Dietrich rügt einen Zwischenruf des Abg. Kuhnert.

Inzwischen sind einige Abänderungsanträge eingegangen.

Die Abgg. Arnstadt (Dnat.) u. Gen. beantragen für § 2:

„Für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften gegen angemessene Entschädigung in Gemeinwirtschaft überzuführen ist Sache der Reichsgesetzgebung.“

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wollen dieselben Abgeordneten in einem Eventualantrag auch den Betrieb und die Verteilung der in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen gewonnenen Erzeugnisse im Interesse der Gesamtheit regeln lassen.

Die Abgg. Dr. Riesser und Roegler (Dnat.) beantragen, daß

1. geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere die Gewinnung von Bodenschätzen und die Ausnutzung von Naturkräften für die Gesamtheit der deutschen Volkswirtschaft nutzbar gemacht werden können, und daß 2. im Falle dringenden Bedürfnisses die Verteilung geeigneter wirtschaftlicher Güter zugunsten des Reiches, der Gliedstaaten, Gemeinden oder Gemeindeverbände geregelt werden kann.

Abg. Hurlage (Z.): Gegen § 1 haben wir keine Bedenken mehr. Zu § 2 hätt meine Partei daran fest, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung stattfindet. Vom Kommunismus kann keine Rede sein. Die Anträge für 1 und 2 sind unannehmbar.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Vielleicht wird ein künftiger Geschichtsschreiber dieses Gesetz eine Lex Spartakus nennen, aber die sozialistische Absicht hat sich, wenn sie bestanden hat, nicht in die sozialistische Tat umsetzen können. Die politische Koalition hat zu einer Entartung geführt. Man hat uns mit den Lichtenberger Vorgängen in Verbindung gebracht. Wir lehnen die Verantwortung dafür ab. Aber alle diese Nachrichten über Massenerschießungen von Polizeibeamten sind tendenziös übertrieben. Der Polizeipräsident von Lichtenberg hat sich selbst mit der Bitte an die Regierung gewandt, die Truppen zurückzuziehen, weil sie zur Beruhigung der Bevölkerung nicht beitrügen. (Hört! Hört! bei den U. Soz.) In § 1 des Gesetzes möchten wir das Wort „sittliche Pflicht zur Arbeit“ ersetzt wissen durch „soziale Pflicht“. Das Recht auf Arbeit, das in diesem Gesetz aufgestellt wird, ist nur ein verschimmelter kapitalistischer Ladenhüter. Etwas sozialistischer Geist steckt ja in dem § 2, aber wir glauben nicht an die Ausführung dieses Gedankens. Alles, was an Sozialisierungsmaßregeln vorgeschlagen wird, wird nichts nutzen, wenn es nicht auf einer demokratischen Grundlage aufgebaut wird. Die Räte-Demokratie auf wirtschaftlichem Gebiete wird kommen, dagegen mag man sich sperren wie man will, sie ist unausrottbar in das Bewußtsein der Menschen übergegangen. (Beifall bei den U. Soz.)

Von den Abgg. Auer und Genossen geht der Antrag ein, in § 2 die Worte: „gegen angemessene Entschädigung“ zu streichen. Hierüber wird von dem Abg. Dr. Nießer (Deutsche Volkspartei) und Genossen namentliche Abstimmung beantragt.

Abg. Braun-Nürnberg (Soz.): Durch den Krieg sind wir an den Rand des Abgrundes gebracht worden. Die Scharfmacher als politische Ratgeber des Generals Ludendorff haben den Krieg verlängert. Der Krieg hat auch den äußersten Pessimismus, der heute die Grundstimmung des deutschen Volkes ist, in den Massen erzeugt, und da kann keine Rede davon sein, die deutsche Volkswirtschaft beim alten zu lassen. Selbst wenn die Herren von der Rechten an die Regierung kämen und die Verantwortung trügen, müßten sie von der Privatwirtschaft abweichen. Die Privatwirtschaft besteht ja gar nicht mehr, sondern sie ist syndiziert, kartelliert und monopolisiert worden. Wir wollen die Ueberführung der Werke in den Besitz der Gesellschaft, nicht in irgend welche produktive genossenschaftliche Formen, denn dann würden wir statt eines Kapitalisten eine Menge kleiner Kapitalisten schaffen. Nach der Besitznahme sind allerdings verschiedene Meinungen über die Betriebsform möglich. Durch den Krieg ist die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Die Zechen müssen auch die Unternehmer bezahlen. Die Arbeiter haben genug Opfer gebracht. Es hat genug Industriekapitäne gegeben, die aus dem Arbeiterstand aufgestiegen sind, aber bei dem heutigen Kapitalismus ist das nicht mehr möglich. Die Arbeiter müssen Anteil an dem Gedeihen der Unternehmungen erhalten, damit sie wieder Freude am Wirken haben. Auch wir betrachten diesen Gesetzentwurf lediglich als ein Rahmengesetz, und wir hätten ihn gern anders gehabt. Der Ausdruck „sittliche Pflicht“ ist nicht glücklich gewählt. Wir stimmen gern für den Antrag, „soziale Pflicht“ zu sagen. Der Staat bekommt hier die Verpflichtung, für die Erwerbslosen zu sorgen. Aber das ist keine Armenpflege. Der Antrag Nießer würde uns das ganz unmöglich machen. Wir behalten uns unsere endgültige Stellungnahme vor, aber den Entschädigungsanspruch lehnen wir ab. Wir wollen ein neues Eigentumsrecht schaffen. Wir sehen in dem Gesetz nur den Anfang zu größeren Taten, die unsere Wirtschaft einer besseren Zukunft entgegenführen werden. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Becker-Hessen (Dvp.): Heute haben alle Redner der Mehrheitsparteien anerkannt, daß nicht sachliche, sondern politische Gründe das Sozialisierungsgesetz veranlaßt haben. Als wir das in der ersten Lesung behaupteten, sprach Ministerpräsident Scheidemann von der „Stirn“, so etwas zu behaupten. (Hört! Hört!) Wir lassen uns in der Wertung der Persönlichkeit, auch des Arbeiters, von keiner Partei übertreffen. Die Unabhängigen haben zweifellos die Spartakisten in Schutz genommen. Wir sehen in den Spartakisten schwere Verbrecher, die entsprechend zu behandeln sind. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Traub (Dnat.): Die Anträge der Sozialdemokraten wie der Unabhängigen lehnen wir ab. Der sozialdemokratische Antrag schlägt dem Grundsatze ins Gesicht, daß das Eigentum geschützt sein muß. Wir stehen am Endpunkt der deutschen Volkswirtschaft, wenn das Sozialisierungsgesetz angenommen wird. Es würde zu einer Verschärfung der Friedensbedingungen führen. Den Sprung vom Sozialismus zum Kommunismus machen wir nicht mit. (Sehr richtig! rechts.)

Reichswirtschaftsminister Wissell: Die Anträge des Herrn Traub und seiner Freunde gehen darauf hinaus: man darf wohl an den Grundlagen des Staates rütteln, aber man muß den davon Betroffenen eine angemessene Entschädigung zahlen. Andererseits wollen die Herren die Land- und Forstwirtschaft von der Sozialisierung ausnehmen, also ausgesprochen wissen, daß die sittliche Pflicht zur Arbeit im Interesse der

Gesamtwirtschaft für die Landwirtschaft nicht gelten soll. (Widerspruch u. Gelächter rechts.) In dem Antrag Rießer liegt das Zugeständnis daß es Unternehmungen gibt, die der gesamten Volkswirtschaft nicht dienstbar sind. Ein Wirtschaftssystem, daß das Bestehen solcher Unternehmungen ermöglicht, hat keine Existenzberechtigung. In unserer Zeit hat kein Privatunternehmen noch einen Anspruch, Privatverdienste zu machen, sobald das Wohl der Allgemeinheit fordert, daß es in ihren Besitz übergeführt wird. Bezüglich der Ausnutzung von Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten hat die Kommission das Wort „ungesäumt" gestrichen um den Schein zu vermeiden, als ob von heute auf morgen gehandelt werden sollte. Die Regierung fühlt die Verpflichtung, ungesäumt an die Durchführung des ihr mit Annahme des Gesetzes gewordenen Auftrages heranzugehen.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach beschließt das Haus, heute nur die Diskussion über die Vorlage zu beendigen, die Abstimmungen auf morgen zu verschieben.

Nach § 4 wird die Ausnutzung von Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle, Koks, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt. Ein Antrag Dr. Rießer (D. Vp.) will die Energiequellen ausschließen, die zur Deckung des Eigenbedarfs der Werke erforderlich sind. Dasselbe will ein Antrag Arnstadt (Dnat.). Ein Antrag Agnes (U. Soz.) will das Wort „ungesäumt" wieder einfügen. Ein Antrag Arnstadt (Dnat.) will in einem § 4a land- und forstwirtschaftlich benutzten Boden und seine Bewirtschaftung von der Sozialisierung ausschließen.

Abg. Schiele (Dnat.): Soll unter Brennstoffen auch der Torf eingeschlossen sein. (Widerspruch b. d. Mehrheit.) Beziehen sich die Bestimmungen über „Wasserkräfte" auch auf kleine Wassermühlen? Sollen auch die im eigenen Betrieb erzeugten Energien wirtschaftlich geregelt werden? Eine riesige Verteuerung der betroffenen Produkte wird entstehen. Die Landwirtschaft wird unter den hohen Preisen seufzen. Wir verlangen, daß ausdrücklich Grund und Boden von dem Gesetz ausgenommen werden.

Zu § 5, der bestimmt, daß das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft tritt, begründet

Abg. Kraut (Dnat.) einen Antrag, das Inkrafttreten für die besetzten Gebiete während der Dauer der Besetzung auszusetzen.

Abg. Hugenberg (Dnat.) begründet einen Antrag, dem Gesetz die Ueberschrift: „Gemeinwirtschaftsgesetz" zu geben. Wir segeln mit diesem Gesetz in das offene Meer des Kommunismus hinein. Da ist es nur ehrlich, diesen Kurs auch im Namen zum Ausdruck zu bringen.

Damit ist die zweite Beratung erledigt. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schluß 8¾ Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Gesetz über den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln. Sozialisierungsgesetz in zweiter und dritter Lesung.

Die provisorische preußische Verfassung.

Der heute zusammentretenden preußischen Landesversammlung legt die Regierung folgenden Entwurf einer vorläufigen preußischen Staatsverfassung vor:

§ 1. Die verfassunggebende preußische Landesversammlung hat die künftige Verfassung der Republik Preußen als Staat der deutschen Republik festzustellen, sowie Gesetze, die keinen Aufschub dulden, zu erlassen.

§ 2. Auf die verfassunggebende Landesversammlung finden die Artikel 21, 22, Absatz 1, 23 und 25 bis 32 der bisherigen Verfassung des Deutschen Reiches entsprechende Anwendung.

§ 3. Der Präsident der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung beruft die Regierung.

§ 4. Die Regierung ist eine kollegiale Behörde und besteht aus sämtlichen Staatsministern. Der Ministerpräsident führt den Vorsitz und gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Die Regierung regelt die Verteilung der Geschäfte unter ihre Mitglieder selbständig.

§ 5. Jeder Staatsminister bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens der verfassunggebenden Landesversammlung und ist ihr für seine Amtsführung verantwortlich. Die Verantwortlichkeit des Kriegsministers gegenüber der Volksvertretung im Reiche wird dadurch nicht berührt.

§ 6. Die vollziehende Gewalt steht der Regierung zu. Ihr sind staatliche Staatsbehörden unterstellt. Die Regierung ist verpflichtet, die von der verfassunggebenden Landesversammlung beschlossene Verfassung und die gemäß § 1 zustande gekommenen Gesetze in der Gesetzessammlung zu verkünden.

§ 7. Die Staatsminister und ihre Beauftragten haben das Recht, den Verhandlungen der verfassunggebenden Landesversammlung beizuwohnen und jederzeit gehört zu werden. Die Staatsminister sind verpflichtet, auf Verlangen der verfassunggebenden Landesversammlung zu erscheinen und Auskunft zu erteilen oder den Grund anzugeben, warum eine Auskunft nicht erteilt werden kann.

§ 8. Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Landesversammlung in Kraft.

Es ist vernünftig, daß die Regierung auf die Kateridee, auch in Preußen einen Präsidenten zu schaffen, verzichtet hat, und wir hoffen, daß sich dieser Verzicht in allen Bundesstaaten und auch im Reich durchsetzen wird. Im übrigen handelt es sich nur um ein Provisorium. Aber auch da hätte eine Sicherung des Rätesystems bereits erfolgen müssen, die in der definitiven Verfassung unseres Erachtens unausbleiblich ist.

Der Zentralrat und die preußische Landesversammlung.

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik richtete folgende Kundgebung an die Preußische Landesnationalversammlung:

Der erste Rätekongreß hat dem Zentralrat auch die Kontrolle der Preußischen Regierung bis zur anderweitigen Regelung durch die preußische Landesnationalversammlung übertragen. Die preußische Landesversammlung ist nunmehr zusammengetreten und es liegt ihr ob, die Regierung zu bestellen und Maßnahmen zu ihrer Kontrolle zu treffen. Daher legt der Zentralrat die ihm übertragene Gewalt in die Hände der preußischen Nationalversammlung und wird die hier in Betracht kommenden Befugnisse nur noch solange ausüben, bis die Nationalversammlung die anderweitige Regelung getroffen hat.

Seine Stellung als oberste Instanz der bestehenden Arbeiter-, Bauern und Soldatenräte bleibt davon unberührt; eine Entscheidung hierüber kann nur der bevorstehende zweite Rätekongreß fällen.

Der Nachsatz, der dem Zentralrat eine gewisse Bedeutung zu bewahren sucht, fehlte bei der gleichen Kundgebung an die deutsche Nationalversammlung. Die letzten Wochen haben also auch den Zentralrat gelehrt, daß die A.- und S.-Räte weder durch ein Dekret der Regierung, noch durch die Nationalversammlung, noch schließlich durch ihn selber aus der Welt zu schaffen sind.

Deutsch-Oesterreichische Nationalversammlung.

In der ersten Sitzung der konstituierenden Nationalversammlung in Wien gab der Staatssekretär für Aeußeres Dr. Bauer eingehende Aufklärungen über seine Besprechungen in Weimar und in Berlin und erklärte: Die Unterredungen, die er mit dem reichsdeutschen Reichspräsidenten, mit den Mitgliedern der deutschen Reichsregierung, sowie mit Parlamentariern aller Parteien hatte, befestigten ihn in der Ueberzeugung, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei über den Anschluß mit Oesterreich völlig einig sei. „Wir können und sollen zum Reiche nicht anders kommen als durch unseren eigenen freien und vom Reiche unbeeinflußten Entschluß. Die von uns der deutschen Reichsregierung gemachten Vorschläge über die Durchführung der Verhandlungen über den wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Zusammenschluß wurden ohne jede Aenderung angenommen." Es ist in Aussicht genommen, daß eine Reihe von paritätisch zusamengesetzten Kommissionen in der nächsten Zeit zusammentreten sollen. Eine dieser Kommissionen wird sich zunächst mit den rechtlichen Fragen, mit den Fragen der Rechtsausgleichung beschäftigen. Eine zweite Kommission wird die Unterrichtsfrage behandeln. Eine dritte Kommission wird sich mit der Uebernahme der deutsch-österreichischen Beamten in den deutschen Reichsdienst zu beschäftigen haben, eine weitere Kommission mit sozialpolitischen Fragen.

Redner besprach dann die Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des deutschen Staatssekretärs Grafen Brockdorff-Rantzau stattgefunden haben und erklärte: das Ziel war der Eintritt Deutsch-Oesterreichs in das deutsche Zollgebiet. Dieser Eintritt setzt aber voraus, daß die Produktionsbedingungen und die Produktionskosten, soweit es nur möglich ist, miteinander ausgeglichen werden. Wir brauchen eine gewisse Uebergangsperiode, in der die Interessen unserer deutsch-österreichischen Industrie innerhalb des deutschen Zollgebietes einen besonderen Schutz genießen werden. Man hat in diesen Fragen in Berlin die größte Bereitwilligkeit gezeigt.

7 Millionen Tote.

Nach einem Bericht des amerikanischen Generalstabschefs March an das Kriegsdepartement belaufen die Verluste an Toten während des Weltkrieges sich auf 7 354 000 Menschen. Hiervon entfallen auf Deutschland 1 100 000 Mann, auf Frankreich 1 305 000, auf England 706 000, auf Italien 460 000 und auf die Vereinigten Staaten 50 000.

Wenn man diesen Bericht mit den Zahlen der deutschen Verlustliste vergleicht, so ergibt sich, daß selbst diese ungeheuerlichen Zahlen noch zu niedrig gegriffen sind. Mehr als 7 Millionen Menschenleben also hat der Krieg allein auf den Schlachtfeldern vernichtet. Und die zahllosen getöteten Zivilisten, die unschuldigen Frauen und Kinder? Die Verhungerten? Die durch Seuchen und Kriegskrankheiten Zerstörten? Ganz zu schweigen von den Millionen von Krüppeln und Invaliden, deren Dasein oft nichts anderes ist als ein langsames Sterben.

Vor diesen Zahlen und Bildern versagt die Phantasie, versagt die Vorstellungskraft. Aber ein Verräter, wer diese Zahlen und Bilder vergißt!

Der Völkerbundkongreß.

Bern, 11. März. In der heutigen Sitzung des Internationalen Völkerbundkongresses wurde eine Entschließung angenommen, nach der von den neutralen Mitgliedern verlangt wird, daß die noch in den Händen der feindlichen Mächte befindlichen Kriegsgefangenen ungesäumt freigelassen werden sollen. Ferner wurde eine Entschließung über die internationale Arbeitergesetzgebung angenommen. Ein Zusatzantrag bestimmt, daß die Frauen für gleiche Arbeit wie die Männer gleiche Löhnung erhalten sollen. Ein weiterer Zusatzantrag, der Berücksichtigung der Arbeiter- und Soldatenräte verlangt, wurde von Einstein (Deutschland) unterstützt. Longwy (Vereinigte Staaten) machte auf die gefährlichen Folgen aufmerksam, die sich bei einer solchen Berücksichtigung des Rätesystems für die Alliierten ergeben würden. Eine Entschließung über die Kolonialfrage, die Dr. Erich (Schweiz) mit dem Bemerken einbrachte, daß für alle Völker gleiches Recht für die Kolonien gelten müsse, gelangte einstimmig zur Annahme.

Gewerkschaftliches.

Streik der Angestellten bei Borsig.

Die technischen bzw. kaufmännischen Angestellten bei der Firma A. Borsig sind in den Streik eingetreten. In einer von dem Angestelltenausschuß einberufenen Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Direktion ein Gehaltsprovisorium abgelehnt und sich für die Aufstellung eines Schiedsgerichts ausgesprochen habe. Hierin sahen die Angestellten eine weitere Verschleppung ihrer Lohnforderungen, die schon im Dezember aufgestellt wurden. In geheimer Abstimmung wurde dann mit 679 gegen 192 Stimmen der Streik beschlossen.

Bei der Redaktion eingegangene Druckschriften.

Das Tribunal. Hessische Radikale Blätter. Einzelheft 50 Pf. Jahrespreis (12 Hefte) 6 M. Die Datstube, Verlag, Darmstadt.

Ernst Koch. „Weltbund — Weltreligion — Weltfriede". 15 Seiten, Preis 60 Pfg. Verlag Ernst Koch, Glogau.

A. W. M. Funder. Anticipando. — Vor der Revolution in Deutschland verboten gewesen. — Brugelles 1913, jetzt Bremerhaven. Selbstverlag 1919.

Soziale Wirtschaft. 40 Seiten, Preis 50 Pfg. Sozialwirtschaftlicher Verlag, Berlin-Zehlendorf, Machnower Str. 79.

J. Tews. Sozialdemokratie und öffentliches Bildungswesen. Sechste unveränderte Auflage. Verlag Hermann Beyer und Söhne. Langensalza 1919. 74 Seiten, 1,80 M.

Herlach, Zahnarzt, Hamburg. Die sozialistische Reichs-Einkommensteuer und Reichs-Vermögenssteuer. 16 Seiten. Selbstverlag, Gänsemarkt 62.

Arnold Heimann-Bucher. Völkerfriede? Den Franzosen zur Warnung. Verlag von Leonhard Simion. Berlin 1919. 68 Seiten.

Gustav Meyrink. Des deutschen Spießers Wunderhorn. Gesammelte Novellen. Drei Bände. Albert Langen, München.

Carl Sternheim. Chronik von des Zwanzigsten Jahrhunderts Beginn. Zwei Bände. Kurt Wolff, Verlag, Leipzig und Wien.

Elternbund „Neue Schule".

Unter diesem Namen ist eine Vereinigung gegründet worden, die eine vollständig neue Grundlage für die Schulreformation schaffen will. Es soll vor allen Dingen festgestellt werden, welches die Grundursachen der bisherigen Mißerfolge des Schulbetriebes sind, es sollen dann in allen Kulturländern der Welt vorhandene Versuche und Ansätze zu Verbesserungen geprüft, begutachtet und zu den gefundenen Grundursachen des Schulübels in Vergleich gebracht werden, endlich wird geplant, Versuchsklassen und Versuchsschulen zu errichten, in welchen diejenigen Reformgedanken, welche der theoretischen Prüfung standgehalten haben, praktisch erprobt werden. Diese Kurse sollen öffentlich stattfinden, so daß Lehrer, pädagogische Wissenschaftler und Eltern ständig Gelegenheit haben, mitzuprüfen, zu raten, neues zu finden. Auf diese Weise hofft der Elternbund „Neue Schule" in nicht allzu langer Zeit Erziehungsanschauungen und Methoden ausfindig zu machen, welche den bisherigen weit überlegen sind und welche geeignet erscheinen, alle vorhandenen Begabungen und Fähigkeiten in den Schülern voll zu entwickeln. Geh. Rat Prof. Dr. W. Ostwald, Leipzig, hat das Ehrenpräsidium des Bundes übernommen. Leitsätze und Satzungen des Elternbundes „Neue Schule" sind beim Vorsitzenden, Richard M. Grunwald, Berlin W. 9, Linkstraße 39, erhältlich.

Hierzu schreibt uns ein pädagogischer Mitarbeiter:

Der Geist, in dem die neue Schule aufgebaut werden soll, ist in dem Programm vorbestimmt, nicht aber ihre Form. Die alte Schule war ein Instrument des Staates, die starre Autoritätsschule, in der der Mensch so geformt werden mußte für den Staat, wie er ihn am besten verwenden konnte. Die Persönlichkeit war nicht das Bestimmende für Inhalt und Richtung der erzieherischen Arbeit. Demgegenüber formuliert der Elternbund „Neue Schule" klar als allgemeines Ziel: „In der Schule gegebenen Erziehung die Entwicklung harmonisch vollkommener Individualitäten".

Was als besonders gesund am Wesen dieser Organisation hervorgehoben werden muß, ist, daß sie die vielfältigen Bestrebungen über Reform unseres Schulwesens zusammenfassen will, ohne eine Reformrichtung als die alleinseligmachende aufs Programm zu schreiben. Die bereits vorhandenen Erneuerungsversuche sollen gesichtet und ihre theoretischen Begründungen und praktischen Ergebnisse studiert werden. Versuchsschulen und -klassen einzurichten, gehört mit zu ihren Zielen. Durch die sachliche, unvoreingenommene Grundanschauung macht sie das Experiment zur letzten, entscheidenden Instanz. Und das ist im Sinne aller großen Erzieher. Versuchsklassen werden alle, denen die Erziehungsfrage ein Problem ist, mehr belehren als Diskussion in der Presse und in Versammlungen. Für die Arbeit am Neuaufbau der Schule werden nicht nur Fachleute und Beamte aufgeboten, die in natürlicher, beruflicher Verengung nicht unmittelbar mit all' den vielfältigen Lebensäußerungen des jugendlichen Werdens verknüpft sein können. Die breitesten Kreise, d. h. die Eltern sollen mitarbeiten und kontrollieren. Wenn aber die Eltern der Kinder aus den höheren Schulen wieder allein am Erziehungsproblem arbeiten und denken würden, dann wäre auch hier viel Energie resultatlos vertan. Die vielen, bisher gebundenen Kräfte, die der arbeitenden Massen, die von unten siegreich heraufdrängen, müssen in eine solche Organisation hineingeleitet werden. Die Anlage und die Pläne sind breit genug, um eine große Aktion zur Umgestaltung der Erziehung durchzusetzen.

Dr. M. S.

Die Genfer Reise.

Genf, die Stadt Calvins, Rousseaus und des Roten Kreuzes, ist das äußere Ziel einer Reise, von der uns René Schickele, einer der besten Europäer, erzählt: sein wahrhaftes Reiseziel ist eine neue Menschheit. Im Juni und Juli 1918, als noch die Blutozeane die eidgenössischen Kantone umspülten, hat René Schickele das Dutzend kleiner Prosakunstwerke geschrieben, die er in seinem Buche „Die Genfer Reise" (Paul Cassirer, 1919) vereinigt hat. Es ist eine Vision des europäischen Frühlings, eine Vorahnung des Friedens, der uns inzwischen endlich gekommen ist. Die Schweiz war während des Weltirrsinns „Der Freihafen aller Meinungen", wie Schiller es dem Amsterdam des XVI. Jahrhunderts nachrühmt. Hier, in den Schweizerstädten trafen sich die Schieber und die Spinne, die Händler und die Hyänen des Krieges, die Wortemacher der blutigen Wollust, die Henker und die Opfer. Pazifisten und Sozialisten aller Länder ersannen an Gestaden blauer See die Gesetze der Zukunft. Angesichts des Montblanc bildete sich aus Wirklichkeit und Traum, aus Torheit und Geschäft eine neue kleine Welt, eine Insel, die schon der Kreislauf der Zeiten verschlungen. Schickele hat diesen bunten Mikrokosmus in seinem Buche für uns erhalten. Aber die Aufzeichnung seiner Genfer Erlebnisse ist weit mehr als eine geistvolle Chronik. Schickele plaudert nicht Feuilletons, er schenkt uns Dichtungen. In seinem Buche duften Wiesen, blühen Narzissen, brechen Gletscher, reifen Reben, glühen Sonnen. In seinem Buche lebt ein Land. Ein Dichter jubelt pantheistische Hymnen, das Geringste in Liebe umfassend wie der heilige Franz. Er selbst trägt das Paradies im Herzen wie Hodler, den er geliebt und erkannt hat. Schickeles Buch ist ein Werk der Bejahung. Ein im Kriege Verstümmelter sagt, „und wäre ich ein Rumpf oder nur ein Auge, nur ein Ohr, ein Stück Haut nur, den Wind zu spüren, woran es das Wetter erkennt. Neben einem Toten ist jede Katze ein Gott." Alte Dasein werden zertrümmert neue aufzurichten wird versucht. Ein Zeichner sagt: „Das geringste, was man von einem anständigen Menschen erwarten kann, ist, daß er dem Don Quixote bis ans Herz reiche."

In Schickele hat die Internationale der Güte einen Propheten gefunden.

Paul Mayer.

Wie erkennt man Benzin und Benzol?

Benzin und Benzol sind einander sehr ähnlich nach ihren Eigenschaften und ihrem Verhalten, stehen aber sehr verschieden im Preise. Jetzt hat man, was für Handel, Technik und Chemie sehr wichtig ist, ein Mittel gefunden, sie bequem zu unterscheiden. Das Bayrische Industrie- und Gewerbeblatt teilt mit, daß Palmendrachenharz von Benzol blutrot gefärbt wird, dagegen durch Benzin keine Veränderung erfährt. Man vertreibt nun Papier, das mit diesem Harz getränkt ist, und kann damit Benzol und Benzin auseinanderhalten und Gemische beider leidlich taxieren.

P.

Röntgenfortschritte.

Durch Verbesserung der Röntgenröhren und Verstärkung der zu ihrem Betrieb verwendeten Induktorien ist die Durchleuchtungsstärke der Röntgenstrahlen so gesteigert worden, daß man nunmehr z. B. den inneren Bau eines Kombinationsschlosses für Panzerkassen in einer Röntgenphotographie in allen Einzelheiten erkennen kann. Dr. Rosenthal hat, wie die „Umschau" berichtet in der Münchener Röntgen-Röhrenfabrik solche Aufnahmen gemacht. Das ist ein wissenschaftlicher Fortschritt, den sicherlich auch die berufsmäßigen Geldschrankknacker begrüßen, studieren und sich zunutze machen werden.

P.